

## Gut aufgestellt

Die neue Bundestagsfraktion der LINKEN hat sich konstituiert und wichtige Personalentscheidungen getroffen. Die Ergebnisse. 7

## Klar gewonnen

Bei der Bundestagswahl hat der LINKE Sören Pellmann den Direktwahlkreis Leipzig-Süd gewonnen. Wie die Genossinnen und Genossen das geschafft haben. 12

## Potentiale heben

DIE LINKE hat das Potential einer größer werdenden Gerechtigkeitspartei für alle. Katja Kippings Grundsatzrede im Parteivorstand zur Lage der LINKEN. 14



[www.naturfreunde.de](http://www.naturfreunde.de)

## INHALT



**D**er Bundestagswahlkampf liegt hinter uns, aber was bleibt, ist unser Einsatz für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Denn Routine kehrt für uns LINKE wohl nie ein, weder hier im Karl-Liebknecht-Haus noch in den Landes- und Bezirksverbänden und Basisorganisationen. Nach der Wahl ist

**DISPUT** bittet zu jeder Ausgabe eine Leserin oder einen Leser um eine kurze Vor-Lesung des aktuellen Heftes.

immer irgendwie auch vor der Wahl, denn die Zeit bis zur nächsten Abstimmung vergeht schneller als man glaubt. Jetzt ist die richtige Zeit, um ab und zu innezuhalten und sich anzuschauen, was im Bundestagswahlkampf gut gelaufen ist und wovon man möglicherweise etwas lernen kann. Aus der Ferne war es eine – schöne – Überraschung, dass Sören Pellmann in Leipzig das erste Direktmandat bei einer Bundestagswahl in Sachsen für DIE LINKE geholt hat. Wen interessiert, wie die Genossinnen und Genossen das geschafft haben, der oder die sollte den Bericht der beiden Leipziger LINKEN Adam Bednarsk und William Rambow auf den Seiten 12 und 13 lesen. Unsere Bundestagsfraktion hat sich für ihre Oppositionsarbeit gut gestellt. Wer welche Aufgabe im neu-

en Fraktionsvorstand wahrnimmt, zeigt die Übersicht auf Seite 7. Und dass aller Anfang auch für Bundestagsabgeordnete schwer ist, ist im Interview mit Doris Achelwilm aus Bremen nachzulesen. Auch die übrigen Beiträge sind empfehlenswert! Viel Spaß beim Durchstöbern.

Nancy Staniullo ist im Bereich Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN tätig und im August aus der Elternzeit zurückgekehrt.

**DISPUT 11/2017**

**VOR-GELESEN VON  
NANCY STANIULLO**

### AUSLOSUNG

Und zum Abschluss: LINKS gewinnt **4**

### NIEDERSACHSEN

Analyse der Landtagswahl **6**

### BUNDESTAG

Die Fraktionsspitze **7**

### INTERVIEW

Die neue Abgeordnete  
Doris Achelwilm im Gespräch **8**

### SOZIALE BEWEGUNGEN

Sabine Leidig über die  
Klimaproteste **10**

### DIREKTMANDAT

So wurde der Leipziger  
Süden rot **12**

### KAMPF UM UNENTSCHEIDENE

Grundsatzrede von  
Katja Kipping **14**



### ERFAHRUNGEN

Die AfD im Saarländischen  
Landtag **16**

### KOMMUNALPOLITIK

Herzstück der LINKEN **18**

### GEDENKEN

Unser Genosse  
Dominic Heilig ist tot **20**

### PLAN B

Konferenz in Lissabon **22**

### GESCHICHTE

Der erste Atomreaktor **26**

### ZU BESUCH

Leserbriefschreiber  
Hermann Thomas **28**

Foto: DIE LINKE. Leipzig

**IMPRESSUM** DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 11:** 10. November 2017. DISPUT 12/2017 erscheint am 21. Dezember.

# Martin, was ist für Dich solidarisch?



Foto: privat

Solidarisch ist für mich, wenn man sich darum bemüht, dass Menschen mit schlechteren Lebensbedingungen – seien es finanzielle, gesundheitliche oder sonstige – ein würdevolles Leben mit Respekt und Achtung führen können. Solidarität setze ich mit christlicher Nächstenliebe gleich. **Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** PEGIDA, AfD, Donald Trump. Es hat mich entsetzt. **Was ist für dich links?** Links ist für mich das ernsthafte Bemühen, den Kapitalismus zu überwinden. Ich glaube fest daran, dass der Kapitalismus, wie vorher auch der Feudalismus, nicht das Ende der Fahnenstange sein wird. Ob dieser dann durch den Sozialismus oder durch ganz andere Gesellschaftsformen abgelöst wird, vermag ich nicht zu beantworten. **Wenn du Parteivorsitzender wärst ...** würde ich mich als erstes dafür einsetzen, dass politische Mandate nur maximal zwei Wahlperioden wahrgenommen werden können. Das schafft Platz für jüngeren Nachwuchs und für neue Ideen. **Was regt dich auf?** Dass die Hartz IV-Armut und die vielen Billigjobs als Erfolg verkauft werden. **Wovon träumst du?** Ein Leben ohne großartige Krankheiten führen zu können und geistig fit zu bleiben. **Wann fühlst du dich gut?** Wenn etwas gelingt, wie ich es mir vorher vorgestellt habe. **Wen oder was würdest du mit auf eine Insel nehmen?** Meine Partnerin und mein Klavier. **Mit wem lachst du besonders gern?** Mit meiner Partnerin. **Wovor hast du Angst?** Ich habe Angst, dass sich aus dem Konflikt im Nahen Osten oder zwischen Nordkorea und den USA ein dritter Weltkrieg entfachen kann. **Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?** Einfühlen in andere Personen. Gemeinsam etwas machen. **Wie lautet dein Lebensmotto?** Niemals aufgeben, aber auch keinem Unsinn hinterher laufen.

Martin Behrsing, 57 Jahre, ist Diplom-Sozialarbeiter, Sprecher des Erwerbslosenforum Deutschland und aktiv in antifaschistischen, sozialen und ökologischen Bewegungen.

**DISPUT** fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.



Foto: Martin Heinlein



# Und zum Abschluss: **LINKS** gewinnt

Eine der letzten und schönsten Aufgaben von Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn: Die Ziehung der GewinnerInnen des Preisrätsels der Wahlzeitung »DIE LINKE« zur Bundestagswahl. GenossInnen in der ganzen Bundesrepublik haben zehn Millionen Exemplare der Zeitung in Briefkästen geworfen, an Infoständen verteilt und mit BürgerInnen über die Forderungen der LINKEN diskutiert: niedrige Mieten, mehr Geld für Pflege, Abrüsten, Reichtum umverteilen und vieles mehr.

Mehr als 6.000 LeserInnen der Wahlzeitungen haben am Preisausschreiben teilgenommen. Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels lautet »**GERECHT FÜR ALLE**«. Der erste Preis - ein Fairphone 2 - geht an Claudia S. in Berlin. Gewinnerin des zweiten Preises, ein Diamat-Fahrrad, ist Liesel W. aus Bad Laaspe. Die rote Marx-Statue von Ottmar Hörl bekommt Edith B. aus Vierlinden. Die LINKEN Buchpakete mit Titeln von Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Sevim Dagdelen und Ulrich Schneider sind auf dem Weg nach Gotha, Leipzig, Berlin, Rendsburg, Naumburg und Schwabenheim. ◀

# Mit Schwung in die Zukunft

Für den Einzug in den Landtag hat es nicht gereicht, aber die LINKE in Niedersachsen wächst und ist in den Städten und bei den Jungen stark **VON JAN SCHLEMERMEYER**

Es war knapp, aber es hat nicht gereicht. Am Ende gewann DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Niedersachsen zwar klar dazu, blieb aber mit 4,6 Prozent unter der Fünf-Prozent-Hürde. Nun droht im niedersächsischen Parlament eine große Koalition des sozialen und ökologischen Stillstandes. Trotzdem hielt sich die Enttäuschung bei der Wahlparty in Hannover in Grenzen. »Die Stimmung war bei vielen trotziger. Verlierer sehen anders aus«, erklärte Victor Perli, neuer Bundestagsabgeordneter der niedersächsischen LINKEN.

Im Vergleich zur letzten Landtagswahl gewann Die LINKE fast 65.000 Stimmen hinzu und kam auf 177.107 Zweitstimmen, ein Plus von 1,5 Prozentpunkten. Das Fazit der Landesvorsitzenden Anja Stoeck war denn auch ein kämpferisches: »Dem niedersächsischen Landtag wird eine soziale Kraft fehlen, nicht aber der Landespolitik. Wir werden uns einmischen.«

DIE LINKE hat in allen Wahlkreisen zugelegt – in der Fläche wie in den Städten. In Hannover, Oldenburg, Göttingen, Braunschweig und Osnabrück kam sie über 7 Prozent. In den

Städten über 100.000 Einwohner erreichte sie durchschnittlich 8,3 Prozent. Die Top-Ergebnisse: In Hannover-Linden erreichte DIE LINKE 13,7, in Oldenburg-Mitte 9,5 Prozent. Die höchsten Kompetenzwerte hat DIE LINKE laut Nachwahlbefragungen mit Abstand bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit – ein deutlich höherer Wert als bei den vergangenen beiden Landtagswahlen. Darauf folgen Familienpolitik, Integration und Bildungspolitik. Laut der Forschungsgruppe Wahlen schrieben sogar 11 Prozent aller WählerInnen der LINKEN die höchsten Kompetenzen für soziale Gerechtigkeit zu.

Bemerkenswert ist zudem der massive Anstieg der Stimmen für DIE LINKE in der Altersgruppe der 18-24-Jährigen: Würde es nach ihnen gehen, wäre DIE LINKE mit 10 Prozent zweistellig im Landtag vertreten. Sie lag in allen Altersgruppen über 5 Prozent – außer bei den über 60-Jährigen. Auch bei Arbeitern, Angestellten, Selbstständigen und Beamten gewann DIE LINKE dazu. Ihre stärksten Zugewinne hat sie bei den Arbeitern sowie den Angestellten. Dagegen stagnierte sie bei den RentnerInnen

und verlor stark bei den Erwerbslosen, dort erreichte sie mit 9 Prozent allerdings immer noch ihr stärkstes Ergebnis.

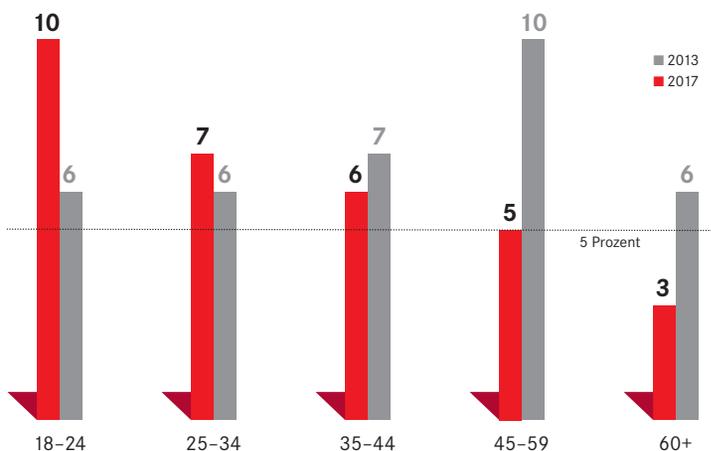
## Viel vor

DIE LINKE hat von allen Parteien außer der AfD gewonnen. Die stärksten Zugewinne kamen von den Grünen, der SPD und den Nichtwählern. DIE LINKE hat 22.000 WählerInnen mobilisieren können, die vorher nicht gewählt haben.

Für die Zukunft wichtig: Bei der Entscheidung für DIE LINKE überwog die Überzeugung für die Partei (61 Prozent) deutlich die Enttäuschung über andere Parteien (30 Prozent). Zudem war das Programm entscheidend (75 Prozent), noch weit vor der Parteibindung (14 Prozent) und den SpitzenkandidatInnen (9 Prozent). Insgesamt hätten es immerhin 39 Prozent aller WählerInnen gut gefunden, wenn die LINKE es in den Landtag geschafft hätte. All das zeigt, dass sich der engagierte Wahlkampf in Niedersachsen ausgezahlt hat. Allein in den letzten zwei Monaten kamen im Landesverband 400 Neumitglieder hinzu. Bezüglich der Parteientwicklung in Niedersachsen gibt es also einige Gründe, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Zu tun gibt es gleichwohl einiges. Der Einzug der LINKEN in den Landtag ist nicht nur an der medialen Fokussierung auf CDU und SPD gescheitert. Trotz absoluter Zugewinne hat DIE LINKE auch 13.000 Stimmen an die NichtwählerInnen verloren – das sind mehr als an die AfD. Im ländlichen Raum ist unsere Mobilisierungskraft schwächer. Dort sind Kreisverbände oft noch nicht stark genug aufgestellt. Der Landesparteitag hat daher Ende Oktober in Braunschweig beschlossen: Die Kreisverbände sollen gestärkt werden. Mit neuen Beteiligungsformaten und regionalen Neumitgliedertreffen wird der Aufbau der Partei von der Basis angegangen. ◀

**LINKE WählerInnen bei der Landtagswahl in Niedersachsen**  
nach Alter, in Prozent



# Der neue Fraktionsvorstand

Vor der Konstituierung des neuen Bundestags haben die Abgeordneten der Fraktion bei einer Klausurtagung in Potsdam wichtige Personalentscheidungen getroffen. Eine Übersicht

## Bundestagsvizepräsidentin

**PETRA PAU** wurde mit 94 Prozent zur Kandidatin für die Bundestagsvizepräsidentschaft gewählt. Bei der konstituierenden Sitzung des Bundestags stimmten 456 aller Abgeordneten für sie – mehr als für den SPD-Kandidaten Thomas Oppermann, der 396 erhielt.



## 1. Parlamentarischer Geschäftsführer



**JAN KORTE** erhielt bei seiner Wahl zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer 81 Prozent der Stimmen. Damit ist auch er Mitglied des Fraktionsvorstands.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1 11011 Berlin  
Tel.: 030.22751170  
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

## Neu: Beauftragte für soziale Bewegungen



Die Fraktion hat in ihrem Vorstand das neue Amt der Beauftragten für soziale Bewegungen geschaffen und **SABINE LEIDIG** mit 56 Prozent bestimmt.

## Frauenpolitische Sprecherin



**CORNELIA MÖHRING** wurde mit 77 Prozent der Stimmen als frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und damit als Mitglied des Vorstands bestätigt.



## Fraktionsvorsitzende

**DIETMAR BARTSCH** wurde mit 80 Prozent der Stimmen gewählt, **SAHRA WAGENKNECHT** mit 75 Prozent.



## Parteivorsitzende

**KATJA KIPPING** und **BERND RIEXINGER** sind mit beratender Stimme qua Amt im Fraktionsvorstand.



## Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Für **CAREN LAY** votierten 58 Prozent, **SEVIM DAGDELEN** erhielt im zweiten Wahlgang 75 Prozent der Stimmen.



Als **Arbeitskreisleiter** und gleichzeitig Vorstandsmitglieder gewählt wurden für den **Arbeitskreis Arbeit und Soziales** **SABINE ZIMMERMANN** (65 Prozent der Stimmen), für den **Arbeitskreis Wirtschaft und Finan-**

**zen** **KLAUS ERNST** (65 Prozent), für den **Arbeitskreis Infrastruktur/Haushalt** **GESINE LÖTZSCH** (78 Prozent), für den Arbeitskreis Bildung/Wissen/Kultur **PETRA SITTE** (71 Prozent) und für den **Arbeitskreis Innenpolitik** **ANDRÉ HAHN** (83 Prozent).

Bei der Wahl um das Amt der Leitung des **Arbeitskreises Außenpolitik** setzte sich in einer Sitzung der Fraktion nach der Klausur **HEIKE HÄNSEL** mit 35 von 67 abgegebenen Stimmen gegen Tobias Pflüger durch.

# Sämtliche Gefühlslagen

Die neue Bundestagabgeordnete **Doris Achelwilm** über ihren Start in Berlin, LINKE Oppositionsarbeit und die ersten turbulenten Tage der Fraktion

**Doris, du bist zum ersten Mal in den Bundestag gewählt worden. Wie hast du die Wochen seit deiner Wahl erlebt?**

Nach dem Ausgang der Bundestagswahl bin ich erstmal durch sämtliche Gefühlslagen: Glücklich wegen des LINKEN-Ergebnisses von 13,5 Prozent bei mir im Land Bremen; Ernüchterung über die heftigen Zugewinne für rassistische und neoliberale Politikangebote; Unverständnis über die breite Akzeptanz der AfD, sogar durch Medien und Menschen, die selbst als erstes angegriffen werden, wenn ultrarechte Kräfte an die Macht kommen. Vorfreude auf die neuen Aufgaben im Bundestag. Dankbarkeit für das Vertrauen so vieler Wählerinnen und Wähler, von denen es sich viele mit ihrer Entscheidung nicht leichtgemacht haben; Respekt vor dem Einsatz vieler Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer; Erleichterung nach Monaten des Durchkämpfens; Und dann ging es gleich weiter, was auch gut war: erste Sitzungen in Berlin, neue Gesichter, Umgebungen und Fraktionskolleginnen und -kollegen. Eini- ges an Formalien und nicht zuletzt das Abstimmen fachpolitischer Zuständigkeiten und Arbeitszusammenhänge. Das alles braucht Zeit und geht gleichzeitig sehr schnell. Eine besondere Herausforderung als neue Abgeordnete war für mich, damit umzugehen, dass nach dem Wahltag erstmal alles im Fluss und ein tägliches Spiel mit Variablen ist. Die verschiedensten Aufgaben auf einen Schlag erledigen zu wollen, ist nur bedingt möglich, deswegen muss manches auf der Aufgabenliste warten, bis es dran ist. Ich freue mich über jede klärende Information; jeden kleinen Pflock, den ich einschlagen kann; jeden Weg in den Gängen des Bundestages, den man sich merkt. Ziel ist immer, möglichst schnell politisch ins Laufen zu kommen. Denn die Men-

schen, die mit mir und uns reden und arbeiten wollen, können oft nicht lange warten. Entsprechend haben auch wir als Bundestagsfraktion keine Zeit zu verlieren, um linke Perspektiven und Projekte mit dieser Legislatur neu aufzubauen oder dort, wo es brennt, mit Gegen- druck, Protest, konkreten Initiativen oder praktischer Solidarität zur Stelle zu sein.

**Welche politischen Schwerpunkte möchtest du im Laufe der kommenden vier Jahre setzen?**

Aufgrund der Spaltungsprozesse zwischen Arm und Reich, wie ich sie sehr zugespitzt in Bremen und Bremerhaven erlebe, will ich vor allem im sozialpolitischen Nahbereich von Familie, prekären Lebensweisen und konkreter Armutskämpfung wirken. Der »reproduktiv« genannte Bereich liegt mir am Herzen und sollte permanent von uns auf die Tagesordnung gesetzt werden. Da geht es etwa um die Anerkennung von Pflege- und Sorgearbeit, die Neuordnung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, allgemeiner: gegen den Kampf gegen Benachteiligung und Abstiegsängste. Auf Familien- und die in ihr gründenden Rollenmuster wird die politische Rechte massiv mit ihren Normen einwirken wollen. Der Druck auf emanzipatorische Errungenschaften, Minderheiten, Frauen, Geflüchtete nimmt weiter zu. Da müssen wir konzentriert gegenhalten. Gleichzeitig geht es darum, Zukunftsmodelle anzubieten, die utopisch wirken mögen, aber umso ernsthafter entwickelt gehören. Eine Gesellschaft ohne Hartz IV und Sanktionsdruck. Arbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität. Sozialökologische Ansätze zwischen Wirtschaftsbeziehungen und Wohnungsbau.

**Deutschland ist seit der vergangenen Wahl weiter nach rechts gerückt. Was bedeutet**

**das für eine linke Opposition? Wo siehst du Ansatzpunkte, gegen diesen Rechtsruck vorzugehen?**

Die gegenwärtige Rechtsverschiebung hat sich über längere Zeit aufgebaut, und es wird einiges an Anstrengung, Gegenöffentlichkeit und Durchhalten brauchen, bis dieser Kurs in der Breite wieder an Bindekraft und Einfluss verliert. Es wäre zu einseitig und eine falsche Zuschreibung, allen materiell zurückgesetzten Menschen gegenüber zu meinen, dass mehr Arbeitsplätze und gerechtere Sozialpolitik die alleinige Lösung »gegen Rechts« wären. Von einer repressiveren Flüchtlingspolitik ganz zu schweigen. Das belegen auch viele Statistiken und Wahlauswertungen. Deshalb braucht es neben Umverteilung, guter Arbeit sowie öffentlichen Investitionen in soziale und inklusive Infrastruktur durchweg klar antifaschistisches Engagement. Wir müssen alten und neuen Nazis überall widersprechen, wo sie einschüchtern, hetzen, verunglimpfen und rassistischer Gewalt Vorschub leisten.

**Im Bundestag wird DIE LINKE in der Opposition zwischen SPD und AfD ihre Rolle finden müssen. Was sind dabei die größten Herausforderungen?**

Es wird absehbar nicht einfacher, in der öffentlichen Wahrnehmung umfassend sichtbar zu sein. Aber unser Wahlprogramm ist eine sehr gute Ausgangssituation, um weiter nach vorne zu kommen, noch mehr Menschen zu erreichen und den überfälligen Politikwechsel einzuleiten. Neben den notwendigen Auseinandersetzungen im Parlament zu allen Themen, die wir aus guten Gründen angehen, braucht es die Solidarität und Verankerung in den Stadtteilen und auf der Straße, programmatische Entwicklung, und dafür eine gute Zusammenarbeit mit der Partei.

**DIE LINKE ist mit einer durchaus turbulenten Fraktionsklausur in die neue Wahlperiode gestartet. Wie hast du die Klausur erlebt?**

Ich war dabei und habe Konflikten beigewohnt, die tiefer rühren als die Frage, wer die Fraktion führen soll. Die Fraktionsvorsitzenden standen ja gar nicht zur Debatte. Meine Erwartung war und ist, nach einem achtbaren Wahlergebnis für DIE LINKE und einer bitteren Gesamtverschiebung nach rechts, etwas ganz anderes auszustrahlen als diese Art von Unruhe, die man auch nicht vermitteln kann. Die Ergebnisse der Klausur sehe ich als Grundlage für eine integrative, vielschichtige und spannende Fraktionsarbeit in der Opposition.

**Am 24. Oktober ist der neu gewählte Bundestag zur konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Was nimmst du aus dieser auch für dich ersten Sitzung mit? Dürfen wir auf inhaltlich stärkere Debatten hoffen?**

Viele Debatten werden wahrscheinlich unverfrorener, wie an der Rede des AfD-Geschäftsführers zu sehen war, der es fertigbrachte, die Alterspräsidenten-Regelung zuungunsten der AfD mit einem Göring-Affront gegen Clara Zetkin von 1933 zu vergleichen. Auf derartige Verdrehungen und Wahrheitskonstruktionen gilt es, gefasst zu sein und ihnen je nach Situation den Resonanzboden zu entziehen. Das kann mal bedeuten, sich nicht auf Provokationen einzulassen. Ein anderes Mal, sie als Geschichtsklitterung oder Lüge zu enttarnen und sauber zurückzuweisen. Im Wesentlichen müssen wir unsere Arbeit machen, im Sinne der Menschen, die auf uns bauen und gerechtere Verhältnisse und Perspektiven wollen.

**Anders als der Bundestag ist die angestrebte neue Regierungskoalition noch weit da-**

**von entfernt, arbeitsfähig zu sein. Wie ist dein Eindruck von den laufenden Sondierungsgesprächen? Welche Aufgaben für DIE LINKE deuten sich jetzt schon an?**

Was unter dem Schlagwort »Jamaika« derzeit vorbereitet wird, ist eine Koalition für Reiche und Sorglose. Kommende Koalitionäre, sofern sie es denn werden, verteidigen angesichts der neuen Enthüllungen über Steueroasen und Schwarzgeldkonten noch das Recht auf »Steeroptimierung«. Und die Grünen geben klimapolitisch die Kernforderungen preis, die sie zum Wahlkampf profilbildend neu gestellt haben. DIE LINKE wird auch vor diesem Hintergrund ihr sozial-ökologisches Profil schärfen müssen. Wie die »Paradise Papers« zeigen, werden wir permanent als verlässlichs-

Doris Achelwilm ist 40 Jahre alt, Bremerin, seit vier Jahren Landesprecherin der LINKEN in Bremen und neu gewählte Bundestagsabgeordnete. Sie hat einen Magister-Studienabschluss in Sprachwissenschaft und ist Musik- und Kulturjournalistin gewesen. Von 2007 bis zu ihrem Einzug in den Bundestag arbeitete sie als Pressesprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft.

te Kraft gegen Steuerflucht und exzessive Vermögenskonzentration zu tun haben. Der Druck für eine überfällige Umverteilung von Reichtum steigt, und unter anderem das motiviert mich ungemein.

Interview: Judith Gouverneur



# Für eine Zukunft mit K

**Aufbegehren gegen die kapitalistische Verwertungslogik: Die Bewegung für Klimagerechtigkeit macht Hoffnung auf Veränderung** VON SABINE LEIDIG

**N**o border, no nation, no coal exploitation / system change – not climate change!\* / rot ist das neue grün ... Mit diesen Slogans bringt die neue Bewegung für Klimagerechtigkeit zum Ausdruck, was uns als Linke auf die Sprünge hilft: Wenn die systematische Zerstörung der Natur gestoppt werden soll, dann muss die kapitalistische Logik überwunden werden.

Mit 25.000 TeilnehmerInnen war am 4. November in Bonn die größte Klimademonstration auf den Beinen, die wir bisher hatten. Und im Unterschied zu früheren waren DIE LINKE und Linksjugend-solid gut sichtbar mit einem eigenen Block vertreten. Die Jugend trug ein Banner mit der Aufschrift »Für eine Zukunft mit K: Kohleausstieg! Kommunismus!«

Nun scheint allerdings offensichtlich, dass wir vom Kommunismus noch weiter entfernt sind als vom demokratischen Sozialismus. Die Linke insgesamt erscheint geschwächt, während ringsum rechte Parteien gewinnen. Gregor Gysi spricht von einer »Gegenreformation« der Rechten.

Wir sind uns einig, dass die AfD in der LINKEN den schärfsten Gegner

findet. Wir stellen ihr unsere bedingungslos humanistische Grundhaltung entgegen und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Solidarität) aller Menschen in den Mittelpunkt. Das ist das Gegenteil der chauvinistischen Haltung neoliberaler Konkurrenz und das Gegenteil von nationalistischer, rassistischer Ausgrenzung, das Gegenteil von Privilegien aufgrund der der Herkunft.

## Mehr als Umverteilen

Freiheit meint Selbstbestimmung (Emanzipation) und schließt ein, dorthin zu gehen, wo Leben ohne Verfolgung, Zerstörung, Angst oder Elend möglich ist. Gleichheit bedeutet, dass auch Menschen im globalen Süden das gleiche Recht auf gutes Leben haben; dass alle das gleiche Recht auf die Ressourcen dieser Erde haben – auch die Nachgeborenen. Solidarität heißt, dass niemand auf Kosten anderer lebt. Internationale Solidarität kann »das Menschenrecht« heute nur erkämpfen, wenn wir Auswege aus der »imperialen Lebensweise« finden, wie sie Uli Brand und Markus Wissen in ihrem Buch »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus« beschrieben haben. Dabei geht es um das systematische Aus-

blenden kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und von Natur, die nicht nur den Aktionären nützt.

Wir wissen, dass es notwendig ist, für Umverteilung zu kämpfen. Aber wir wissen auch, dass das nicht reicht: Der Kuchen, der gerecht verteilt werden soll, ist im Grunde ungenießbar: In ihm steckt Sklavenarbeit in den Plantagen der »Fruit-Compagnies«, in niedersächsischen Schlachtfabriken, in den Textilfabriken Bangladeshs oder auf spanischen Gemüsefeldern. In ihm stecken die verhungerten Kinder aus den vom Klimawandel verwüsteten Zonen Afrikas und die entwurzelten Familien, deren Inseln vom steigenden Meeresspiegel verschlungen werden, und Abermillionen Menschen, die der globale Konkurrenzkampf um Ressourcen und Märkte ihrer Lebensgrundlage beraubt und zur Flucht gezwungen hat.

Oder um vom »täglich Brot« zu sprechen: 500 Tausend Tonnen davon werden jährlich in Deutschland weggeworfen, obwohl Tausende Hektar Ackerland dafür leiden und Tausende BackfabrikarbeiterInnen dafür schufteten mussten. Wenn die Produktivität – zum Beispiel in der Automobilindustrie – um 10 Prozent gesteigert wird, müssen 10 Prozent mehr Autos produziert werden, sonst drohen Entlassungen. Tomasz Konacz schreibt im »neuen deutschland«:

\* Keine Grenze, keine Nation, keine Kohleverwertung – Systemwechsel statt Klimawandel



Foto: Sabine Leidig

»Die Verschränkung aus struktureller ökonomischer Überproduktionskrise und dem eskalierenden ökologischen Krisenprozess lässt den ohnmächtigen Lohnabhängigen nur eine Scheinwahl: Arbeitslosigkeit jetzt oder Klimakollaps später. Dieses Ausspielen der Ökonomie gegen die Ökologie könnte von der Linken nur bei einem radikalen Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis überwunden werden. Bei radikaler Kritik und einem solidarischen Klimakampf, der Wege nach einer sozioökologischen Transformation suchen müsste. Letztendlich wäre dies ein Kampf um die Aufrechterhaltung des Zivilisationsprozesses.«

Dieser Kampf muss auch in Parlamenten unterstützt werden, aber das Feld der Auseinandersetzung ist die ganze Gesellschaft und damit vor allem außerparlamentarisch. Nach der globalisierungskritischen Bewegung sind es die Bewegungen für Klima- und Umweltgerechtigkeit, für Ernährungssouveränität, die Degrowth- oder Postwachstums-Bewegung, die explizit gegen die kapitalistische Verwertungslogik aufbegehren und »Mensch und Umwelt vor Profit« fordern. Auch die Bewegung gegen Freihandel trägt solche Züge. Protestbewegungen gegen zerstörerische Großprojekte, die »Recht auf Stadt«-Initiativen, Friedensinitiativen oder Kampagnen gegen Risikotechnologien sind offen für Kapitalismuskritik. Und die Bewegung gegen Rassismus, die der Flüchtlingshilfe und »welcome to stay« zählen zum Lager der Solidarität.

Dazu kommen die Kämpfe gegen Privatisierung, für öffentliche Daseinsvorsorge, »Commons« oder die

Care-Ökonomie. Aktuell der Kampf um mehr Pflegekräfte, für bessere Versorgung von Kranken und Alten.

DIE LINKE muss auf einer Gesellschaft beharren, in der bewusst für die Menschen und nicht für Kapitalverwertung produziert wird. Damit verbunden müssen wir andere Vorstellungen von Arbeit entwickeln: Nicht der Warenproduktion, sondern der Versorgung und dem guten Leben soll sie nützen. »Und es ist immer noch möglich, auf der Höhe der gegebenen Produktivkraftentwicklung eine Alternative zu denken und zu erkämpfen – das Krisenbewusstsein in der Bevölkerung ist allgegenwärtig.« (Konasz)

Das linke Projekt einer solidarischen Lebensweise braucht die Utopie, die Erzählung einer anderen Zukunft, es braucht Beispiele und Erfahrungen.

## Sphären verbinden

Wir können nicht auf revolutionäre Dynamiken oder katastrophische Brüche warten. Wir sollten an möglichst vielen »Ecken und Enden« kapitalistische Zwangsverhältnisse und Formen »imperialer Lebensweise« überwinden. Das kann auch in Kommunen geschehen, indem möglichst viele Bereiche öffentlich und sozialökologisch organisiert werden.

Und: »Die unbewusste, dumpfe Krisenangst in transformatorische Reflexion und Praxis zu überführen, würde auch die Frontstellung zur Rechten markieren.« (Konasz)

Und die Linksfraktion? Unser Ergebnis bei dieser Bundestagswahl

ist unter den gegebenen Bedingungen achtbar, aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Hoffnungsvoll stimmt die Tatsache, dass DIE LINKE in diesem Jahr über 2.000 neue Mitglieder gewinnen konnte – viele junge, viele gebildete und viele, die aktiv und aktionsorientiert sind. Die Fraktion ist verändert: 26 der 69 Abgeordneten sind neu. Die meisten kommen aus westlichen Bundesländern und haben einen Bewegungshintergrund.

Die Situation im Bundestag wird eine ganz andere sein für uns: mit einer »Jamaika«-Regierung sind wir nicht mehr größte Oppositionsfraktion, sondern kleinste und in den Bundestagsdebatten als letzte an der Reihe. Die SPD wird sich als Verfechter sozialer Gerechtigkeit für die »hart arbeitenden Menschen« positionieren. Und mit der AfD sind Rassisten und Neonazis in den Bundestag gezogen, die flankiert werden von Leuten, die vor allem populistisch agieren.

Deshalb wird es noch wichtiger werden, die unterschiedlichen Sphären zu verbinden: den Protest und die Alternativen im außerparlamentarischen Raum mit den parlamentarischen Möglichkeiten und vor allem mit den Ressourcen von Fraktion und Abgeordneten-Büros. Ich will die Linksfraktion nicht nur als »Stachel im Fleisch« der anderen Parteien, sondern auch als Unterstützer sozialer Bewegung, als »Werkstatt« für Kompetenz auf vielen Feldern und als ein nützliches Aktivitätszentrum der Linken.

Sabine Leidig ist Beauftragte für soziale Bewegungen im Vorstand der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.



# Der Leipziger Süden ist rot

Zum ersten Mal hat DIE LINKE in Sachsen bei Bundestagswahlen ein Direktmandat errungen. Bericht über die gelungene Wahlkampagne VON ADAM BEDNARSK UND WILLIAM RAMBOW

Foto: William Rambow

Die Bundestagswahl 2017 ist Geschichte und die – grobe – politische Stimmung des Landes in Wahlergebnissen festgehalten. In der Stadt Leipzig konnte DIE LINKE nicht nur die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl stabilisieren, sondern mit dem Gewinn des Direktmandates in Leipzig-Süd mit Sören Pellmann erstmals in Sachsen einen Bundestags-Wahlkreis direkt gewinnen.

Der moderate Stimmengewinn der LINKEN bundesweit konnte durch Zulegen in den westlichen Ländern erreicht werden, der den Abschwung im Osten mehr als ausglich. Leipzig kann in den Abwärtstrend der LINKEN in Ostdeutschland allerdings nicht eingeordnet werden. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 hat DIE LINKE in Ostdeutschland mit einem Ergebnis von 17,3 Prozent 5,4 Prozentpunkte verloren, das entspricht 279.144 Stimmen. In Leipzig verlor sie bei einem Ergebnis von 21,0 Prozent zwar 0,9 Prozentpunkte. Aber in absoluten Stimmen legte DIE LINKE um 6.803 auf 70.227 Stimmen zu.

Die Ausgangslage: In der Langzeitbetrachtung verliert die CDU in Leipzig unverkennbar, während sich die Mitte-Links-Parteien ein Übergewicht erarbeiten konnten. Der »Kannibalisierung«-Effekt im Mitte-Links-Spektrum (LINKE, SPD, Grüne) führte bis auf wenige Ausnahmen

dennoch zu CDU-Direktmandaten. 2009 und 2013 errang der LINKE-Direktkandidat Mike Nagler den zweiten Platz vor der SPD. 2017 wurden, dank Zuzug, circa 20.000 Wählerinnen mehr als 2013 zu den Wahlurnen der Stadt gerufen. Ungewisse Faktoren waren auch ein schwacher SPD-Kandidat im Leipziger Süden, die Stärke der AfD und das Wiedererstarben der FDP.

## Verschiedene Milieus

Wird vom Leipziger Süden gesprochen, dann sind wir schnell im alternativ-subkulturell geprägten Teil von Sachsen, wo die LINKE Juliane Nagel bei der Landtagswahl 2014 das Direktmandat mit 1.051 Stimmen Vorsprung erzielen konnte. Die Arbeit der im Leipziger Süden konzentrierten Abgeordnetenbüros sorgt für eine gute Verankerung der LINKEN vor Ort. Aber zum Bundestagswahlkreis Leipzig-Süd gehören neben dem subkulturell geprägten Connewitz ebenso (ehemals) klassische LINKE-Hochburgen wie das Plattenbaugebiet Grünau, Grünen-affine Ortsteile wie das Gründerzeitviertel Schleußig und ländlich geprägte Ortsteile. Das Setting für einen Direktkandidaten ist anspruchsvoll. Mit Sören Pellmann ging ein Urgestein des Stadtverbandes, ein berufs-

tätiger Grundschullehrer und Stadtratspolitiker (Fraktionsvorsitzender) in die Direktwahlenschlacht. Er musste Milieus in einem Wahlkreis bedienen, die durchaus eine hohe Nähe zur LINKEN besitzen, aber darüber hinaus in ihrer politischen Sozialisation grundverschieden sind.

Wir legten bei der Wahlkampfplanung früh einen Schwerpunkt auf die Aktivierung der langjährigen GenossInnen und der seit Anfang 2016 hinzugekommenen 250 Neumitglieder. Dazu gehörte die Einbeziehung der WahlkämpferInnen in die Wahlkampfplanung, unter anderem in regelmäßigen offenen Aktivenplena. Die Herausforderung war, unter Beweis zu stellen, wie sehr der Stadtverband den eigenen Anspruch einer aktiven Mitmachpartei unter dem Vorzeichen des Mitgliederwachstums erfüllen konnte.

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes wurden Erfahrungen aus der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl 2016 ausgewertet. In Berlin finden wir einerseits ähnliche sozio-demographische Begebenheiten vor. Andererseits kann in der wachsenden Hauptstadt beobachtet werden, was in Leipzig alsbald stadtesellschaftliche Realität sein könnte (Stichwort: Gentrifizierung). Mit Blick auf die Berliner Wahlkampagne versuchten wir eine lokale Anpassung, die unter anderem in der

## Wir testeten neue Wahlkampf-Methoden, etwa die Seentour, bei der WahlkämpferInnen an den Stränden des Leipziger Neuseenlands mit einem Floß Infomaterial verteilten.

Erstellung von Leipziger Plakaten und Aufklebern zur Bundestagswahl bestand. Diese wurden vorab in der Basis diskutiert, so dass dadurch auch eine interne Mobilisierung erreicht werden konnte.

Wer in Leipzig das Direktmandat bei Bundes- oder Landtagswahlen erlangen möchte, muss die CDU besiegen. Gemessen an einer (links-)liberal wahrgenommenen Stadtgesellschaft wirkt die lokale CDU unmodern und konservativ. Der Versuch, Pegida in Leipzig zu kopieren, wurde mit Demonstrationen mit bis zu 30.000 Menschen beantwortet. Die Nolegida-Aktivitäten wurden von der hiesigen CDU und ihren VertreterInnen diskreditiert oder man zog sich zum Beten in die Kirche zurück. Da half der CDU, die nur bedingt zu einem (Wahl-)Kampf um jede Stimme in der Lage ist, auch keine Intensivierung der Social-Media-Aktivitäten, die eher für noch mehr Unverständnis und Empörung sorgten. Auf Twitter konnte die Leipziger LINKE weitestgehend konkurrenzlos agieren. Für Facebook konstituierte die CDU hingegen früh ein mehrköpfiges Social-Media-Team. Auf den jedoch unkoordiniert wirkenden Schmäh-Wahlkampf der Konservativen, der häufiger aus Kritik an Inhalten der LINKEN als aus konservativen Themen bestand, konnten wir schnell und erfolgreich mit dem Setzen eigener Themen reagieren.

Den Sozialen Medien kam die Hauptaufgabe zu, über die Eigenart der Erststimme zu informieren. Über Beiträge und Videos versuchten wir klar zu machen, dass ein Wechsel möglich ist: #CDUMandatabnehmen! Mit abnehmender Wahlkampfzeit wurden die Ansprachen klarer. Als am 11. September die Prognose des Tagesspiegels Sören Pellmann vor dem CDU-Kandidaten sah, wurde das in den sozialen Medien weit verbreitet.

Ein weiterer Baustein der Kampagne: klassische Formate wie das Erstellen und Verteilen von Zeitungen.

Bereits im Juni 2017 verteilten wir – einmalig – in Leipzig 70.000 Exemplare unserer Zeitung »Leipzig konkret« mit dem Schwerpunkt »Die wachsende Stadt – nachhaltig und sozial«. Im Hauptwahlkampf verteilten wir knapp 100.000 Stück der Bundespartei-Wahlzeitung und schalteten unter dem Titel »Mit Handdampf in den Wahlkampf?« eine ganzseitige Anzeige in der Leipziger Zeitung, in der wir über unsere örtlichen Plakate informierten. Hier reagierten wir milieuspezifisch auch auf eine der zahlreichen CDU-Angriffe, die unser Leipzig-Plakat zur Cannabis-Legalisierung in den sozialen Medien skandalisierte. Mit den zahlreichen Freixemplaren



Interne Mobilisierung: Die Basis diskutierte über die regionalen Plakate

der »Leipziger Zeitung«, die wiederum unsere Strukturen zur Verbreitung nutzen konnte und wollte, hatten wir ein indirektes Werbemittel, das niedrigschwelliger verteilbar war als andere Wahlinformationen.

Neben diesen speziellen lokalen Wahlkampfkampagnen wurden die klassischen Wahlstände, Verteilaktionen, Forumsbesuche der Kandidaten und die Plakatierung von circa 12.500 Plakaten realisiert. Hier gab es eine große Bereitschaft innerhalb des Stadt-

verbandes, diese Aufgabe zu übernehmen. Bei den organisierten Veranstaltungen ist eine Podiumsdiskussion mit dem bekannten Berliner Stadtsoziologen und Mietaktivisten Andrej Holm zum Thema »Hypezig? Gentrifizierung & Wohnungsnot in Leipzig« mit 250 TeilnehmerInnen hervorzuheben. Zudem testeten wir einige neue Wahlkampf-Methoden, etwa die Seentour, bei der WahlkämpferInnen an den Stränden des Leipziger Neuseenlands mit einem Floß Infomaterial verteilten und vor allem Aufmerksamkeit vor Ort und in den sozialen Medien erregen konnten.

Alle Komponenten des Wahlkampfes konnten so choreographiert werden, dass das Ziel – die Erringung des Direktmandates, gekoppelt an ein starkes Zweitstimmenergebnis – erreicht wurde. Im Endeffekt wurde im Wahlkreis Leipzig-Süd aus dem Erststimmen-Minus zur CDU von 14.327 Stimmen (-9,4 Prozent Rückstand LINKE auf CDU) in der Bundestagswahl 2013 ein Plus von 1.170 Stimmen (+0,7 Prozent). Die Verluste der CDU in Richtung der AfD und die Stabilisierung der eigenen Ergebnisse waren ein Schlüssel zum roten Erfolg in Leipzig.

Die Strategie der Kooperation mit dem Mitte-Links-Spektrum war erfolgreich und sollte Lust auf Weiteres machen. Die lokalen Grünen unterstützten durch das Teilen von Erststimmen-Aufklärungsvideos, während die Zusammenarbeit mit der SPD nur punktuell erfolgte. Es sind tatsächlich weitere Konstellationen bis hin zur Aufstellung eines einzelnen Kandidaten in Großstädten denkbar und in Zukunft vielleicht auch realisierbar. Die Erfahrung der Bundestagswahl 2017 in Leipzig hat gezeigt, dass es mit einem abschätzbaren Aufwand möglich ist, LINKE Erfolge zu erreichen. ◀

Adam Bednarsky ist Vorsitzender der LINKEN in Leipzig, William Rambow ist dort LINKER Wahlkampfleiter.

# Kampf um Unentschiedene

»Wir haben das Potential einer größer werdenden Gerechtigkeitspartei für alle« –  
 Kurzfassung der Grundsatzrede von **KATJA KIPPING** im Parteivorstand im Oktober 2017

**W**ir haben im 10. Jahr unserer Existenz als DIE LINKE das zweitbeste Ergebnis unserer Geschichte erreicht. Das ist ein Erfolg, den wir uns nicht kleinschreiben lassen dürfen. Jahrelang wurde von den Medien über uns geschrieben, dass wir eine überalterte Partei, eine reine Regionalpartei seien, der der Untergang drohe. Nun haben wir bei diesen Wahlen gezeigt, dass wir flächendeckend im Westen, auch im konservativeren Süden, über 5 Prozent und bei den jüngeren WählerInnen sogar bei 11 Prozent liegen. Das zeigt, wir sind eine bundesweite Partei mit guten Zukunftsperspektiven.

Trotzdem müssen wir uns sehr ernsthaft fragen, warum wir in bestimmten Regionen und Schichten verloren haben. Wir haben im Osten enorme Rückgänge, besonders auf dem Land. Wir haben eine deutlich gestiegene Präsenz bei jungen Leuten. Auch im Ergebnis unserer Kampagne »Das muss drin sein« konnten wir bei gewerkschaftlich Engagierten besonders gut punkten. Aber wir haben bei den Erwerbslosen und ArbeiterInnen unser Potential nicht ausschöpfen können.

Spätestens seit Sommer 2015 ist offensichtlich geworden: Unsere Welt hat kein Außen mehr. Andere sagen: Die Welt ist aus den Fugen. Kriege, Flucht und Vertreibung finden nicht mehr irgendwo anders statt, sondern die »Verdamnten dieser Erde« sind zu uns gekommen. Die Globalisierung hat unsere Welt in ein Dorf verwandelt und dieses Dorf lebt unter der Vorgabe des globalen Vergleichs. Wenn aber alle alles vergleichen, dann haben auch immer mehr Angst, etwas zu verlieren. Sie fühlen sich ausgeliefert.

Wir erleben eine neue, eine doppelte Spaltung. Sie war immer da, aber jetzt bestimmt sie mit voller Wucht die Debatte und die Selbstzuordnungen der Menschen. Es gibt die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Mittellosen und Besitzenden. Zu

diesem traditionellen Klassenverhältnis ist ein neues hinzugetreten: die zunehmende Trennung zwischen denen, die sich – vereinfacht ausgedrückt – als »Modernisierungsgewinner« sehen und jenen, die sich als »Modernisierungsverlierer« fühlen. Und auf beiden Seiten sind ArbeiterInnen und potentielle linke WählerInnen zu finden.

Auf der einen Seite sind jene, die mobil und überall sind oder sein können. Einige nennen diese Gruppen in unseren Debatten das »urbane Milieu«. Ich nenne sie lieber die »Weltoffenen«. Viele von ihnen leben von prekären, unsicheren Jobs. Jedoch sind sie gebildet und haben bestimmte kulturelle Voraussetzungen, die Welt zu sehen und sich in ihr heimisch zu fühlen. Es ist gut, dass diese WählerInnen vermehrt zu uns finden, weil sie die LINKE als die Kraft sehen, die die soziale Frage mit der ökologischen und letztlich auch mit der Demokratiefrage verbindet. Wir können darauf stolz sein, dass wir über die letzten Jahre

**»Wir erleben eine neue, eine doppelte Spaltung. Sie war immer da, aber jetzt bestimmt sie mit voller Wucht die Debatte und die Selbstzuordnungen der Menschen.«**

diese Attraktivität gewonnen haben.

Aber schon im Moment dieses Stolzes darüber muss uns klar sein, dass wir unsere anderen Wurzeln nicht verlieren dürfen. Unsere Wahlstrategie war immer darauf angelegt, die verschiedenen Milieus anzusprechen: Sowohl die Beschäftigten und die Mittelschichten wie die Menschen, die in sozialen Brennpunkten leben, wie die Jüngeren, die Weltoffenen.

Es gibt auch jene, die gefühlt im Nirgendwo leben. Sie besitzen ihren einen Job oder gar keinen. Sie besitzen ihre eine Identität, sie leben beispielsweise in ländlichen Räumen. Und wenn das, was sie bisher als Arbeit kannten, ihre Gegend verlässt – dann bleiben sie zurück. Sie sind nicht immer unbedingt ganz arm. Einige haben Existenzängste. Nicht wenige eher Abstiegsängste, da sie noch etwas zu verlieren haben. Und sie wissen, dass sie nichts mehr hinzugewinnen können.

Wie wir jene, die sich eher als »Modernisierungsverlierer« fühlen, ansprechen – das ist eine Frage, die wir sehr ernsthaft gemeinsam bearbeiten müssen. Der einfache Aufruf, die Arbeiter anzusprechen, reicht nicht. Schließlich gilt es, bei jenen zunächst die Erkenntnis zu wecken, dass man selber ein Arbeiter ist und nicht zualtererst ein Deutscher, der sich gegen Nicht-Deutsche zur Wehr setzt. Wir müssen diesen Menschen ein wirkliches und ein sehr glaubhaftes Angebot machen können, dass es ihnen und allen mit links besser geht als mit rechts. Wir müssen dabei etwas in Beziehung setzen, was sich sogar zuweilen widerspricht. Weltoffenheit versus Rückzug vor dieser Welt im Wandel, »Modernisierungsbefürworter« versus »Modernisierungsverweigerer«. Wir müssen die Verbindung finden und in uns müssen die Menschen ihre Vertretung sehen.

Es ist müßig, wenn wir uns in ideologischen Streitereien verlieren würden, welches Milieu uns lieber ist, welches Milieu das linkere ist. Wir können nicht die einen gegen die anderen eintauschen. Denn wir sind schon längst beides. Wir sind längst nicht mehr Milieupartei, sondern wir haben das Potential einer größer werdenden Gerechtigkeitspartei für alle.

Meine Erfahrung aus dem Wahlkampf ist: Es gibt die Mehrheit der Unentschiedenen und es gibt zwei ideologisch gefestigte Gruppen. Da sind jene, für die soziale und globale Gerech-

tigkeit untrennbar zusammenhängen. Sie erwarten von uns klare Kante gegen rechts und kommen mit konkreten Anliegen zu uns. Die andere gefestigte Gruppe geht durch und durch in gruppenbezogenem Menschenhass auf. Für sie lautet der antagonistische Widerspruch: Wir Deutschen gegen die Anderen, gegen die Ausländer, die Flüchtlinge, die Migranten, die Muslime – vielleicht auch mal wieder gegen die Juden. Diese Gruppe ist kaum zu gewinnen.

Und dann gibt es jene, bei denen offen ist, ob sie sich zuallererst als Deutsche sehen oder eher als Mieter, der sich über steigende Mieten beschwert oder als Erwerbslose, die sich vom Job-Center schikaniert fühlt. Ob diese Menschen letztlich eher die Rechten oder die Linken stärken, hängt auch davon ab, welche Konflikte sie als entscheidende empfinden.

Und hier haben wir eine große Aufgabe. Wir müssen eben jene anderen Konfliktdimensionen jenseits der ethnischen Dimension stark machen. Den Kampf um jene Unentschiedenen gewinnen wir weder mit antirassistischen Slogans noch mit einem kalkulierten Konformismus gegenüber real existierenden Vorurteilen gegenüber Geflüchteten. Und dieser Satz stimmt nur, wenn er ganz zitiert wird.

## Zukunftsdialoge ansetzen

Sobald als zentrale Konfliktdimension Deutsche versus Andere aufgerufen ist, verlieren wir Linken. Um alle Missverständnisse zu vermeiden: Antirassistische Slogans sind wichtig, um jene, die hier klar sind, zu stärken und zu ermuntern. Sie sind wichtig als Orientierung für die junge Generation, die sich an dieser Frage politisiert. Fürs Gewinnen der ideologisch Schwankenden gilt es, die sozialen Konfliktdimensionen zu stärken: als Mieter gegen Miet-Haie oder Hedgefonds. Als Beschäftigte gemeinsam ge-



**Parteilcheffin Kipping:**  
»Wir müssen die Menschen verstehen, um verständlich zu sein.«

gen Befristungen, als Erwerbslose gemeinsam gegen Hartz-IV-Sanktionen etc. Wir müssen die Menschen verstehen, um verständlich zu sein. Wir müssen aus den Konflikten sprechen und nicht über sie. Wir müssen das abbilden können, was die Menschen bewegt und sie nicht agitieren.

Wie kommen wir nun gemeinsam bei diesen Fragen voran? Ganz sicher nicht mit Vorwürfen an uns oder andere, wer der eigentlich Linkere ist. Ganz sicher nicht mit geistreichen Bonmots, ob Linke besser Bier oder Weißweinschorle trinken sollten, um der Arbeiterklasse nah zu sein. Eher dadurch, dass wir einige Fragen wirklich ernsthaft gemeinsam bearbeiten.

Dafür müssen wir uns Zeit nehmen. Und wir müssen diese Fragen mit Zukunftsfragen verbinden. Heute diskutieren wir über die Ängste, die die Migration auslöst. Die Veränderungen, die im Zuge von Digitalisierung anstehen, werden sehr wahrscheinlicher im Alltag viel fundamentaler ausfallen. Insofern müssen wir auch darüber sprechen, wie der Sozialstaat in Zeiten von Digitalisierung gestaltet wird.

Wir brauchen eine Reihe von Foren und Zusammenkünften, in denen wir uns über die aufgerissenen Fragen verständigen. Wir können regionale Verständigungen durchführen. Wir können eine Reihe von linken Zukunftsdialogen ansetzen. Wichtig ist mir, dass es ein Mix aus Austausch über Praxiserfahrungen und Program-

matik wird. Zu diesen Debatten können wir auch ExpertInnen aus den Feldern der Wahlforschung, der Sozialverbände, der Gewerkschaften, der Entwicklungshilfe hinzugewinnen.

Alle sind herzlich eingeladen, ihre Punkte und Erfahrungen einzubringen. Ich meine damit auch ganz ausdrücklich einen Punkt, den Oskar Lafontaine aufgemacht hat. Oskar meinte, dass wir in unseren bisherigen Antworten auf die weltweite Flüchtlingsproblematik das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt hätten. Er meinte, dass unsere Haltung offener Grenzen ein Widerspruch zu Fragen sozialer Gerechtigkeit sei. Ist das wirklich so?

Wenn ich mich der Kontroverse in Brechtscher dialektischer Manier nähere, dann kann uns auch dieser Beitrag voranbringen. Als eine Antithese zur These, deren Debatte uns der Synthese näher bringt und damit Erkenntnisfortschritt bedeutet. Was wäre – um den Punkt, den Oskar in der Sache macht, zu Ende zu denken – ein linkes Einwanderungsgesetz?

Im Herbst 2018 wird in Hessen und in Bayern gewählt. In Hessen hatten wir bei der Bundestagswahl ein richtig gutes Ergebnis und auch in Bayern haben wir stark abgeschnitten. 2019 wird in Sachsen gewählt, und die AfD könnte zur stärksten Partei werden. Für 2021 kann niemand auf Bundesebene eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD mit Sicherheit ausschließen. Nutzen wir die Zeit! ◀



Karnevalswagen beim Rosenmontagszug in Düsseldorf: Dass die AfD islamfeindlich ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zum neoliberalen Lager gehört Foto: public domain/ Kürschner (talk)

# Provozierende Zitate

Wie damit umgehen, dass die AfD im Parlament sitzt? Erfahrungen aus dem Saarland, wo die Partei mit drei Leuten im Landtag vertreten ist **VON MARTIN SOMMER**

Vier Tage vor der Bundestagswahl bietet der saarländische Landtag der AfD eine große Bühne. An Punkt sechs der Tagesordnung steht ein Antrag der Regierungsparteien CDU und SPD mit dem schönen Titel »Transparenz schaffen – Demokratie stärken«. Darin heißt es: »Sprachliche Enthemmung, Falschmeldungen, der Aufruf zu Gewalt prägen auf Internetportalen und in sozialen Netzwerken zunehmend die Debattenkultur und auf diese Weise prägen sie auch unser gesellschaftliches Miteinander. Nicht selten erwächst aus der verbalen Enthemmung auch eine tätliche.«

Es geht um »Fake-News«, Hass-Posts und das umstrittene »Netzwerkdurchsetzungsgesetz«, das die »Große Koalition« im Bundestag durchgepeitscht hat. Der LINKE Innenpolitiker Dennis Lander weist in der Debatte darauf hin, dass es Desinformation und Propaganda auch schon lange gab, bevor das Wort »Fake News« erfunden wurde, auch bevor es das Internet gab. Und dass immer wieder auch Vertreter von Union und SPD mit Hass-Botschaften gegen Minderheiten aufge-

fallen sind. Der ehemalige CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß (»Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder«) ebenso wie der ehemalige SPD-Politiker Thilo Sarazin (»Eine große Zahl an Arabern und Türken hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel«).

Doch davon ist in der Berichterstattung anschließend nicht die Rede. Stattdessen titelt die »Saarbrücker Zeitung«: »Multi-Kulti-Wahn«-Rede von AfD-Abgeordnetem sorgt für Empörung«. Denn der AfD-Abgeordnete Rudolf Müller hatte in der Debatte gesagt, das »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« richte sich »auch gegen die AfD, weil die AfD endlich eigene Interessen im eigenen Land formuliert und sich nicht vom Multi-Kulti-Wahn mitreißen lässt«. Auch im »Saarländischen Rundfunk« standen die AfD und ihr Vorsitzender Josef Dörr im Mittelpunkt: »Dörr löst Debatte über Hassbotschaften aus«, weil er in seiner Rede gesagt hatte: »Der Hass kommt nicht von der AfD, der Hass trifft die AfD.« CDU und SPD wollten die AfD kurz vor der Bundestagswahl an den Pranger stellen, die Rechten lieferten provozierende

Zitate, die von den Medien dankbar aufgegriffen wurden und reklamierten die Opfer-Rolle für sich. Und am Ende sprach jeder wieder nur über die AfD.

Dabei war die dreiköpfige AfD-Fraktion, die seit Ende März im saarländischen Landtag sitzt, bis zu dieser Debatte kaum aufgefallen. Josef Dörr schläft in Ausschuss-Sitzungen regelmäßig ein. Seine Fraktion stellt Anfragen zur Beflagung an öffentlichen Gebäuden und Fördermitteln für den Evangelischen Kirchentag. Ansonsten läuft nicht viel.

So ruhig, bürgerlich, ja langweilig sich die AfD-Landtagsfraktion gibt – das kann nicht von deutlichen Hass-Botschaften in der Vergangenheit ablenken. So forderte ein Mitglied des Landesvorstandes bei »Facebook«, Flüchtlingsboote »samt Inhalt« zu versenken – und wurde von der Landespartei dafür lediglich leicht gerügt. Für Dennis Lander ist diese Reaktion eine Bestätigung dafür, dass die AfD »außerhalb des demokratischen Spektrums steht«. Die AfD-Bundestagskandidatin Laleh Hadjimohamadvali, im Alter von 14 Jahren mit ihrer Familie

Die Broschüre im Internet  
herunterladen unter  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
oder bestellen bei DISPUT,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

aus dem Iran geflohen, soll bei ihrer Rede beim Landesparteitag Ende Juni in Völklingen gesagt haben, der Islam sei »schlimmer als die Pest«. Der Bundesvorstand der AfD wollte den saarländischen Landesverband letztes Jahr wegen dessen offenkundigen Kontakten zu Neonazis auflösen, scheiterte damit aber vor dem parteieigenen Schiedsgericht. Der Landesvorsitzende Dörr und sein Stellvertreter Lutz Hecker, heute ebenfalls Landtagsabgeordneter, haben unter anderem bei der rechtsextremen Splitterpartei FBU um Mitglieder geworben. Ihr heutiger Fraktionskollege Müller handelte in seinem Saarbrücker Antiquariat mit Nazi-Devotionalien. Es gibt also weitaus bessere Beispiele für die menschenverachtende Haltung von AfD-Funktionären als das Wort »Multi-Kulti-Wahn«.

Saarbrücken-Malstatt. Hier ist die Arbeitslosen-Quote hoch, die Kaufkraft gering, jeder Dritte ist überschuldet. Eine Hochburg für DIE LINKE – immer noch. Aber bei der letzten Landtagswahl Ende März gab es hier im Stimmbezirk »Italienische Mission« mit 23,5 Prozent ein Minus von 16,2 Prozent. Bei der Bundestagswahl machten sogar noch weniger (22,9 Prozent) ihr Kreuz bei der LINKEN. Die AfD hat dagegen im März aus dem Stand 10,9 Prozent geholt. Bei der Bundestagswahl sogar 17,15 Prozent.

## Der Stinkefinger wählt mit

Noch deutlicher ist es im Saarbrücker Stadtteil Folsterhöhe. In der Hochhaus-Siedlung leben 71,7 Prozent der Kinder von Hartz IV – es ist die höchste Kinderarmuts-Quote in der saarländischen Landeshauptstadt. Hier gibt es die höchste Arbeitslosenquote in Saarbrücken (25,1 Prozent, Tendenz steigend) und den höchsten Anteil an Hartz-IV-Beziehern (56,7 Prozent). Schon bei der Landtagswahl hat die AfD mit 16,6 Prozent hier ihr bestes

Ergebnis in Saarbrücken erzielt. Bei der Bundestagswahl haben die Rechten sich sogar noch verbessern können: Fast jeder Vierte hat im September AfD gewählt, die liegt im sozialen Brennpunkt nun vor der LINKEN.

Bei der Landtagswahl war es der LINKEN und ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine noch gelungen, die Rechte im Saarland relativ klein zu halten. Die AfD kam landesweit auf für sie enttäuschende 6,3 Prozent, ihr Höhenflug war vorerst gestoppt. Ein halbes Jahr später haben schon 10,1 Prozent an der Saar ihr Kreuz rechts gemacht. Das Ergebnis liegt zwar noch leicht unter dem Schnitt der westdeutschen Länder, kann aber ebenso wenig beruhigen wie der Aufwärts-Trend der Rechten innerhalb weniger Monate.

Ganz offensichtlich haben die menschenverachtenden Äußerungen ihrer Funktionäre der AfD nicht geschadet. Im Gegenteil. Wer mit den Menschen in Malstatt oder der Folsterhöhe spricht, der hört immer wieder: Ihr müsst mich nicht zulabern, ich wähle AfD. »Ihr«, das ist das Establishment, sind CDU, SPD, FDP, Grüne – und eben oftmals auch DIE LINKE. AfD wird gewählt »um es denen da oben zu zeigen«, eine Denkmittel- oder Stinkefinger-Wahl. Gewählt wird nicht derjenige mit dem besten Programm, dem man am meisten vertraut. Denn das Vertrauen in Politik ist hier nicht mehr sehr groß. Viel zu viele haben viel zu lange die Erfahrung gemacht, dass Regierungen kommen und gehen, ihre Lage aber nicht besser wird. Die Abgehängten wählen die, die die Etablierten vermeintlich am meisten ärgern werden.

Dabei würde die wirklich Mächtigen nichts mehr ärgern als eine starke LINKE, die Reiche zur Finanzierung des Gemeinwesens zur Kasse bittet und Lobbyisten die rote Karte zeigt. Die AfD dagegen ist systemerhaltend. »Die AfD ist eine neoliberale Partei, die jedem Ansatz auf eine gerechtere Verteilung ablehnend gegenüber



steht, die Kürzung sozialer Leistungen durch CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne bejaht, eine Reichen-Besteuerung ablehnt und daher schon anonyme Geldgeber findet, die in diesem System reich wurden und erkannt haben, dass die AfD dieses System stützt«, sagt Oskar Lafontaine. »Die AfD steht also nicht in Systemopposition zu der Grundausrichtung der gegenwärtigen Politik, wie ihre Vertreter behaupten, sondern sie trägt sie in vollem Umfang mit.« CDU, SPD, FDP und Grüne versuchen natürlich immer wieder, ihre inhaltlichen Überschneidungen mit der neuen Rechtspartei zu vertuschen, indem eine angebliche Nähe zwischen AfD und LINKEN beschworen wird.

Kein Wunder, dass die AfD gemeinsam mit CDU und SPD im Juni im saarländischen Landtag einen Antrag der LINKEN abgelehnt hat, der das Ziel hatte, die Dispo- und Überziehungszinsen bei den Sparkassen im Land zu begrenzen. »Höhere Zinsen haben einen gewissen positiven erzieherischen Effekt«, sagte der AfD-Abgeordnete Müller in der Aussprache. Seinen Wählerinnen und Wählern in Malstatt und der Folsterhöhe, die unter den Wucherzinsen leiden, verschweigt er diesen »erzieherischen Effekt« dagegen wohl lieber. »Jetzt kommt es darauf an, aufzuklären«, meint Oskar Lafontaine. »AfD wählen heißt: weniger Lohn, weniger Rente, weniger soziale Leistungen, Aufrüstung und eine Beteiligung der Bundeswehr an Rohstoffkriegen. Dass die AfD darüber hinaus islamfeindlich ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zur neoliberalen Einheitspartei gehört.« ◀

# Herzstück der LINKEN

Die Partei muss neue MitstreiterInnen für Politik in den Städten und Gemeinden gewinnen, sind sich die TeilnehmerInnen des Kommunalpolitischen Ratschlags einig **VON TOBIAS BANK**

**T**raditionell findet der Kommunalpolitische Ratschlag der Partei DIE LINKE am ersten Sonnabend im November statt. Veranstaltet wird der Ratschlag von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kommunalpolitik, die sich dieses Mal vor der Konferenz am selben Ort zu ihrer Mitgliederversammlung traf und neue SprecherInnen wählte.

Knapp 40 GenossInnen kamen zur Mitgliederversammlung und beteiligten sich an den Diskussionen über die Arbeit der BAG in den vergangenen zwei Jahren. Der kontinuierliche Rückgang von kommunalen WahlbeamtenInnen, die die PDS beziehungsweise DIE LINKE einst stellten, wird zunehmend ein Problem für DIE LINKE, machte Maritta Böttcher in ihrer Eröffnungsansprache deutlich. Maritta Böttcher ist seit vielen Jahren im Karl-Liebknecht-Haus, der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin, Ansprechpartnerin für die BAG. Sie geht Ende November 2017 in den Ruhestand. Künftiger Ansprechpartner für die BAG Kommunalpolitik in Berlin wird Rolf Kohn sein. Er ist Mitglied des Kreistages Recklinghausen und Ansprechpartner der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik.

Die kommunalpolitische Nachwuchsgewinnung muss für die Partei in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Es fehlt an hauptamtliche KommunalpolitikerInnen und auch für den nächsten Parteivorstand werden noch KandidatInnen mit kommunalpolitischer Affinität gesucht, fasste Maritta Böttcher die Situation zusammen. Zur Förderung und vor allem auch Würdigung von kommunalpolitischem Engagement vergibt DIE LINKE jedes Jahr den Initiativpreis »Kommune Zukunft«, der mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro dotiert ist. Bis zum 31. Mai eines Jahres können Vorschläge für den Preis eingereicht werden, berichtete Maritta Böttcher.

Auch DIE LINKE im Bundestag ist kommunalpolitisch sehr aktiv. Das zeigte der Bericht von Kerstin Kassner, Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern und Sprecherin für Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE, über die kommunalpolitischen Arbeitsergebnisse der Fraktion in den vergangenen vier Jahren: Neben der parlamentarischen Arbeit mit Anträgen, unter anderem zu den Themen Rekommunalisierung, Gemeindefinanzierungssteuer, Bund-Länder-Finanzierung, Mieten und Wohnen, Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Digitales, Regionalisierungsmittel, Verkehrslärm und Barrierefreiheit, wurden 2016 eine Kommunalpolitische Konferenz sowie bundesweit über 20 Beratungsangebote für Kommunalfraktionen durchgeführt.

Außerdem hat die Fraktion eine umfangreiche Broschüre zur Willkommenskultur erarbeitet. Ein neuer, allgemeiner Handzettel zum Thema Kommunalpolitik wartet auf Druckfreigabe und der erste Antrag

zur Einsetzung eines ordentlichen Ausschusses für Kommunalpolitik im Bundestag steht bereits. Für die nächsten Jahre sieht Kerstin Kassner einen Schwerpunkt der kommunalpolitischen Arbeit der LINKEN Bundestagsfraktion darin, die Kommunalfinanzen in all ihren Facetten zu verbessern und eine engere Verzahnung zwischen Fraktion, WahlkreismitarbeiterInnen und Kommunalpolitik zu organisieren.

## Mehr Aufmerksamkeit für Kommunale

In der anschließenden Diskussion tauschten sich die Mitglieder über ganz konkrete Probleme aus: Gesundheitsversorgung, ÖPNV, Gebietsreformen und wieder war fehlender Nachwuchs in Verwaltung und Hauptamt Thema. Außerdem wurde eine erste Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der Sondierungsgespräche der künftigen Jamaika-Koalition gegeben. Angemahnt wurde, dass den ehren-



**SprecherInnen der BAG Kommunalpolitik (v.l.n.r.): Christian Stähle, Michael Faber, Angelika Traversin, Gerald Grünert, Felicitas Weck, Maritta Böttcher, Kerstin Kassner, Fritz Viertel, Dieter Holtz** Foto: Tobias Bank



Karikatur: Klaus Stuttmann

## GEDANKENSTRICH

amtlichen KommunalpolitikerInnen, die vor allem in der Fläche das Aushängeschild der LINKEN sind, mehr Aufmerksamkeit von Bundespartei und Bundestagsfraktion entgegengebracht werden sollte.

### Neue SprecherInnen gewählt

Im Anschluss ging die Mitgliederversammlung unter Leitung von Karsten Knobbe in den Wahlgang und wählte zehn neue BundessprecherInnen für die BAG: Maritta Böttcher (Jüterbog), Michael Faber (Bonn), Gerald Grünert (Magdeburg), Dieter Holtz (Sassnitz), Kerstin Kassner (Rügen), Christian Stähle (Göppingen), Angelika Traversin (Hamburg), Fritz Viertel (Schöneiche bei Berlin), Felicitas Weck (Langenhagen), Dagmar Zoschke (Bitterfeld). Als Delegierte für den BPT wurde Felicitas Weck gewählt.

Nach der Mittagspause eröffnete der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Dietmar Bartsch den Kommunalpolitischen Ratschlag. Er machte deutlich, dass linke Kommunalpolitik schon für eine höhere Akzeptanz der PDS auf Bundesebe-

ne gesorgt hatte und als Herzstück der LINKEN weiter einen unverzichtbaren Beitrag für linke Politik leistet. Das gälte gerade in Zeiten, in denen es einen Kulturkampf von rechts gibt und die neue Koalition ein westdeutsches Elitenprojekt zu werden scheint: Steuerentlastungen wird es unter den jetzigen Vorzeichen nur für die Besserverdienenden geben, und Privatisierungen werden vorangetrieben. Auch wenn sein Wunsch, ein Mitte-Links-Bündnis zu schließen, erwartungsgemäß nicht eingetroffen ist, so hat die LINKE das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren und in wichtigen Bundesländern dazugewonnen. In Bezug auf die Nachwuchsgewinnung in der haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitik traf Dietmar Bartsch den Nagel auf den Kopf: Wenn wir aufhören besser zu werden, dann hören wir irgendwann auf.

Anschließend kamen hauptamtliche KommunalpolitikerInnen zu Wort. Auch hier waren sich viele einig, dass wir alle mehr Menschen, auch parteilose und auch Menschen, die unsere Politik vielleicht bisher nur am Rande begleiteten, ansprechen müssen, für uns zu kandidieren:

Als Mitglieder von Kommunalfraktionen und als hauptamtliche KommunalpolitikerInnen. Außerdem wurde kontrovers über das vielen bekannte Spannungsverhältnis zwischen linken Kommunalfraktionen und linken Wahlbeamten diskutiert.

Thematisch in die Tiefe gehen konnten die rund 80 TeilnehmerInnen des Ratschlages an drei parallel stattfindenden Gesprächsrunden zu den Themen »Hauptamtliche und Fraktionsvorsitzende«, »Kommunal Finanzen und kommunale Selbstverwaltung« und »Verteilungsgerechtigkeit als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit«. An den Gesprächsrunden nahmen auch Dietmar Bartsch, Kerstin Kassner und die sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Eva von Angern teil. Zum Abschluss lud die Linksfraktion im Bundestag alle TeilnehmerInnen zu einem Empfang, der mit vielen Gesprächen über politische Details aus Landkreisen, Städten und Gemeinden den Kommunalpolitischen Ratschlag 2017 sehr entspannt ausklingen ließ. ◀

Tobias Bank ist Referent für Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

# Ein schmerzhafter Verlust



**M**it Trauer und Bestürzung haben wir vom Tod unseres Genossen und Parteivorstandsmitglieds Dominic Heilig erfahren. Er ist in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November im Alter von nur 39 Jahren verstorben. Der Verlust ist besonders schmerzhaft, weil Dominic so jung war und noch so viel vorhatte. Mit ihm hat die Partei einen engagierten Genossen verloren. Unser Beileid geht an seine Familie und seine Freunde.

Dominic war seit 2016 und zuvor bereits von 2012 bis 2014 Mitglied des Parteivorstandes. Er war in der Partei vor allem als überzeugter Europäer und Bundessprecher des Forums Demokratischer Sozialismus (fds) bekannt.

Er vertrat seine Überzeugungen engagiert, er war streitbar und galt als Kenner der europäischen Politik und insbesondere der Linken in Europa und als überzeugter Vertreter Europas als linkes Projekt. Dabei wurde sein Enga-

gement in der Partei nicht immer honoriert. 2009 und 2014 bewarb er sich vergeblich um einen aussichtsreichen Platz auf der Liste für das Europaparlament. Dass er trotzdem nicht aufgegeben hat, gehörte zu seinen Stärken.

Von 2013 bis 2014 war Dominic Mitglied des Vorstandes der Europäischen Linkspartei (EL). Die Erfolge der Linksinregierung in Portugal waren für ihn der ermutigende Beleg, dass linke Regierungen wirklich etwas verändern und erreichen können.

Linke Politik war ihm durch seine Eltern schon in die Wiege gelegt, und Dominic engagierte sich schon früh vielfältig. Seinen Zivildienst absolvierte er bei den Maltesern. Er leistete vielfältige karitative Arbeit für Hilfsbedürftige, lernte die schwierigen Lebensbedingungen der Betroffenen kennen und engagierte sich dabei über das normale Maß seiner Tätigkeit hinaus.

Der gebürtige Berliner befasste sich bereits in seinem Studium der Politikwissenschaften mit Europa. Dominic arbeitete in der Linksfraction im Bundestag und war zudem als Autor und Journalist tätig. Er war Vater von drei Kindern.

In dieser Ausgabe des DISPUT möchten wir den Verstorbenen nochmal selbst zu Wort kommen zu lassen, natürlich mit seinem Herzensthema Europa.

**Katja Kipping und Bernd Riexinger**

# Europa nicht abschreiben

Nötig sind eine radikale Analyse der Gegenwart und ein realistischer Blick auf die Zukunft  
VON DOMINIC HEILIG

Wir sind die Linke, die durch das Feuer geht und nicht die der Flucht in den Nationalismus«, sagte Alexis Tsipras, Premier und Vorsitzender der griechischen Linkspartei SYRIZA auf dem Parteitag seiner Partei in Athen Ende 2016. Die Linke in Griechenland steckt seit der Zeichnung neuer Kreditaufgaben nach dem Mut machenden OXI-Votum im Sommer 2015 in einer tiefen politischen und Vertrauenskrise.

Einige Gruppierungen sind in der Vergangenheit aus dem »Bündnis der radikalen Linken«, wie SYRIZA mit vollem Namen heißt, mit großem Tamtam ausgetreten. Viele ehemalige Mitglieder haben sich in anderen linken Nischen eingerichtet oder sich demotiviert ins Private zurückgezogen. Die Mehrheit der Regierungskoalition ist auf nur noch drei Stimmen im Parlament geschrumpft und in Umfragen liegt die Schwesterpartei der deutschen LINKEN seit langem schon weit hinter den Konservativen der »Nea Dimokratia« zurück. Zuletzt wuchs der Rückstand sogar auf über zwölf Prozent, auf lediglich 16 Prozent Zustimmung für den Regierungschef.

Die Linke in Griechenland ist an der Regierung, aber eben nicht an der Macht, fasste es eine Rednerin in Athen zusammen. Die Macht über die zukünftige Entwicklung liegt längst woanders, in Berlin und Brüssel. Vor allem aber in der deutschen Hauptstadt und den dort ansässigen Verwaltungsstuben des Bundesfinanzministeriums.

Kaum jemand aber in der deutschen Linken und der Partei DIE LINKE redet heute noch ernsthaft und ohne Reflexe über unsere Schwesterpartei und ihre Politik in Griechenland – oder viel

notwendiger: mit unseren GenossInnen in Athen. Auch hierzulande, wie in ganz Europa: Erst kam die taumelnde Euphorie über den Wahlsieg im Januar 2015, dann die Empörung über Troika und Wolfgang Schäuble, gefolgt vom OXI-Trotz und schließlich europäischer Gleichgültigkeit.

Dabei sollte der hiesigen Linken und LINKEN gerade Nichts in Griechenland gleichgültig sein. Sie sollte sich endlich zu einer realistischen Analyse der Verhältnisse hinreißen lassen. Nötig sind eine radikale Analyse der Gegenwart und ein realistischer Blick auf die Zukunft. Es geht um die Frage von Reformalternativen für Griechenland und damit auch für Europa.

In der Bundesrepublik ist die Frage – anders als für Alexis Tsipras in Griechenland – noch nicht entschieden, ob DIE LINKE bereit ist, »durchs Feuer zu gehen oder sich in den Nationalismus zu flüchten«.

Letzteres würde bedeuten, nicht nur die GriechInnen zurückzulassen und den Status Quo aufrechtzuerhalten. Nein, nebenbei würde so auch eine der

Dominic Heilig war ein begeisterter Europäer, der mit Leidenschaft für ein linkes europäisches Projekt gekämpft hat. Das ist sein politisches Vermächtnis. Wir dokumentieren diesen Text, der ursprünglich auf seiner Website und in gekürzter Form im DISPUT vom Dezember 2016 erschienen ist, und der von seiner Aktualität nichts verloren hat.

entscheidenden Identitäten der deutschen Linken geopfert und der Begrifflichkeit der »Internationalen Solidarität« der inhaltliche Kern entnommen. Europa weit in der Linken, aber gerade in der deutschen LINKEN, feiert der Diskurs über einen Austritt aus der europäischen Gemeinschaft seit Jahren Steigtigkeit, mit zunehmender Fangemeinde.

Das Problem der LINKEN besteht allerdings nicht in der Debatte über den besten Weg zur sozialen und demokratischen Revolution Europas, son-

dern in der Tatsache, dass die Partei nicht dazu in der Lage ist, diese Debatte als eine ernsthafte und zumindest temporär abschließende zu führen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über Reformalternativen für eine andere Europäische Union findet dem Grunde nach nicht statt – und wenn, dann nur im Vorfeld von Wahlen zum Europäischen Parlament. Zum Leidwesen vieler, wird diese Auseinandersetzung dann auch noch überlagert durch die gleichzeitige Aufstellung einer Bundeswahlliste. Die Radikalität der Phrase, nicht aber die Radikalität der Analyse und Faszination der Idee, setzt sich dabei in aller Regelmäßigkeit durch.

Dabei ist es zwingend notwendig, die Frage der europäischen Zukunft, die Frage der Zukunft für hunderte Millionen Menschen in der Europäischen Union weit nach vorne zu stellen und schließlich zu klären.

Die deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stehen heuer in einem engeren Verhältnis zur Debatte über die zukünftige Gestaltung des europäischen Hauses, als viele meinen würden. Ohne eine konkrete Aussage der Linkspartei hierzu aber, wird es schwer, zu einem verlässlichen Diskurspartner über einen gesellschaftlichen wie parlamentarischen Politikwechsel gegen den Rechtstrend zu werden. Die Alternativen und Positionen in Bezug auf das Zusammenleben in der EU, die DIE LINKE wird vorbringen müssen, werden eben auch darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Politik Deutschlands in und nicht gegen Europa gestalten wird. Aktuell aber ist DIE LINKE in dieser Frage zu vielstimmig. Und in diesem Zusammenhang ist das ausnahmsweise kein Vor-, sondern ein großer Nachteil. Nicht nur für die GriechInnen, sondern auch für die Menschen in diesem Land. ◀

# Ein besseres Europa bauen

In Lissabon versammelten sich linke EU-Kritiker zur 5. »Plan-B«-Konferenz. Sie berieten über Alternativen zur neoliberalen Politik **VON HERMAN U. SOLDAN**

Die Nachwirkungen und Verletzungen durch die neoliberale Politik der EU-Eliten vor allem in Südeuropa sind groß. Das wurde bei der Tagung »Plan B« in Lissabon deutlich. Die portugiesische Linkspartei Bloco de Esquerda (BE) richtete die 5. Tagung der Plan-B-Konferenz am 21. und 22. Oktober 2017 an der Lissaboner Universität aus. Sie knüpfte damit an frühere Treffen in Paris, Kopenhagen, Madrid und Rom an.

In den großen portugiesischen Städten war großflächig für die Tagung geworben worden. »Für ein besseres Europa dürfen wir niemals die Solidarität aufgeben. Wir können es nur zusammen und mit vielen Initiativen und Institutionen schaffen«, sagte die BE-Vorsitzende Catarina Martins zur Eröffnung der Tagung vor 400 Menschen aus vielen europäischen Ländern. »Wir müssen die Anwälte der Demokratie sein, und wir müssen soziale und ökonomische Mindeststandards schaffen.«

Das Ende des neoliberalen Kur-

ses, der Millionen von Menschen ausgegrenzt und enteignet hat, forderte Manuel Urbán, der die spanische Linksbewegung Podemos im EU-Parlament vertritt. »Die EU-Sparpolitik ist die Sabotage eines humanen europäischen Projekts, und noch hat die Linke noch keine ausreichenden Antworten auf den Ausschluss vieler Menschen aus der Gesellschaft und auch nicht auf die aktuelle Welle der Fremdenfeindlichkeit«, sagte er. Er forderte konkretes Handeln durch »Kampagnen des Ungehorsams«. Die europaweiten Anti-TTIP-/CETA-Aktionen sehen viele KonferenzteilnehmerInnen als geeignete Blaupause.

Die Diskutierenden wandten sich immer wieder gegen ein Weiterso auf der Grundlage der EU-Verträge von Maastricht (1992) und Lissabon (2007). Der Tenor: Die Verträge sind in der Öffentlichkeit als Schritte zur europäischen Integration verkauft worden, tatsächlich haben sie aber der neoliberalen Herrschaft des Finanzsektors, der Konzerne und der EU-Eliten das Tor für unsoziales Handeln weit aufgestoßen. Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen sowie die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge haben die sozialen Sicherungssysteme in allen EU-Ländern ausgehebelt. In der EU ist nahezu jede oder jeder Fünfte von Armut betroffen oder bedroht.

Die ehemalige griechische Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, die die in Griechenland regierende linke Partei Syriza verlassen hat und heute die Initiative »Weg zur Freiheit« leitet, wertete die EU-Politik als eine bewusste Entscheidung »gegen uns«. Die neoliberale Politik sei ein Staatscoup von Banken und Regierungen gegen die Menschen. »Wir haben in Griechenland das hässliche Gesicht dieser EU kennengelernt«, erklärte sie. Nun müsse mit konkreten Aktionen gegengesteuert werden. »Als Verteidiger der Demokratie und der Schwachen müssen wir kompro-

misslos für Demokratie, Frieden und die menschliche Würde eintreten«, rief sie dem applaudierenden Publikum zu. »Wir sind keine Manager und keine Diplomaten! Wir müssen mit unserem Plan B solidarisch die kriminellen und mafiösen EU-Strukturen bekämpfen!«

## Für eine gute Sozialcharta

In einem von vier Workshops am ersten Konferenztag ging es um die Folgen der offiziellen EU-Politik zehn Jahre nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages. Der LINKE-Politiker Fabio de Masi, der bis zu seinem Wechsel in den Bundestag im Europaparlament war, konzentrierte sich in seinem Beitrag auf die aktuelle Rolle der BRD und Frankreichs. Er geht davon aus, dass sich »Mekron«, also das Regierungsgespann aus Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Macron, von der unsozialen Spar- und Austeritätspolitik nicht abwenden wird. Frankreich unternehme zurzeit alles, um dem Lohndumping der BRD nachzueifern und sich so eine Vormachtstellung in der EU zu erkämpfen, sagte er. Gelder, die Berlin und Paris an die Union abführen, würden weiterhin nicht für soziale Investitionen genutzt werden, sagt de Masi. Vielmehr gehe es darum, die EU als »Verteidigungsbündnis« weiter zu militarisieren und mit Hilfe der anderen Mitgliedsländer die nationalen Haushalte zu schonen.

An der neoliberalen Struktur ändere auch die Schaffung einer »soziale Säule« nichts, wie sie derzeit in der EU diskutiert wird, so Maj Rydberg, dänische Abgeordnete in der EU-Linksfraktion. Das Projekt diene zuallererst der Befriedung wachsender Widerstände. Die »soziale Säule« sei nichts anderes als eine Schaufensteraktion. Eine solidarisch auftretende Linke müsse gegen die Wurzeln der Austeritätspolitik vorgehen und



**Catarina Martins**  
(Mitte), Vorsitzende der portugiesischen Linkspartei Bloco:  
»Wir träumen nicht, denn wir sind die wahren Realisten!«  
Foto: Herman U. Soldan



sich für eine Sozialcharta einsetzen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Ein Beispiel: die Wohnungsfrage. Linke Parteien und Bewegungen nehmen die unzureichenden sozialen, humanitären und arbeitsrechtlichen Standards immer stärker in den Blick. Es fehle ein ebenso starkes Engagement in der Wohnungsfrage, sagte Rita Silva von der portugiesischen Initiative Habita. Durch die rasante Privatisierung sei Wohnen einer grenzenlosen Spekulation unterworfen. Millionen von Menschen werden durch die Explosion von Mieten und Wohnungspreisen aus ihren Wohnungen vertrieben oder in Armut gedrängt. Seitens der Politik sei eine öffentlich geförderte Wohnungspolitik nicht mehr vorgesehen. Hier müssen linke Kräfte aktiver werden, forderte sie.

Generell sei die neoliberale EU nur zu überwinden, wenn es eine breite linke Veränderung von unten gibt, war in vielen Beiträgen wäh-



**Gegen die unsoziale Politik der EU:**  
Fabio de Masi und Herman U. Soldan in Lissabon Foto: privat

rend der Konferenz zu hören. Dabei müssen soziale, humanitäre, feministische und arbeitnehmerrechtliche ebenso im Fokus stehen wie eine sozial angelegte ökologische Veränderung. Diese Form des sozialen Widerstandes auf der Grundlage eines kol-

lektiven Ungehorsams ist der einzige Weg, um die neoliberalen Fundamente der EU zu zerschlagen und ein Europa zu bauen, dass ein Europa aller Menschen sein muss, hieß es.

In der Schlussdiskussion ging es auch um das »Schlüsselwort Selbstbestimmung« - für alle Menschen. Insbesondere gilt dies für die Situation von Frauen, die EU-weit weniger verdienen als Männer und besonders von Armut bedroht sind. 14 Länder haben noch immer nicht die Istanbul Erklärung des Europarats zur Gleichstellung von Frauen sowie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifiziert, darunter Irland, Großbritannien sowie viele osteuropäische Länder.

Der Tenor von Lissabon ist: Die derzeitige EU ist nicht reformierbar, ohne eine radikale Änderung ihrer Grundsätze; deshalb streben wir nach einem neuen demokratisch organisierten Europa. Eine wirksame Veränderung muss nicht aus der Institution EU erfolgen, sondern durch einen neuen Fokus auf Europa als Ganzes. Dazu braucht es klare Entwürfe für die zentralen Punkte des sozialen Zusammenlebens, eine Kontrolle des Banken- und Finanzsektors - und von linker Seite zusätzlich eine hohe Mobilisierung sowie Geschlossenheit. Ein neues Europa muss von den Linken mit Begeisterung gestaltet werden.

Daran knüpfte auch Nikolaj Villumsen, Vorsitzender der Enhedslisten-Fraktion im dänischen Folketing, an: Ein neues Europa müsse demokratisch und repressionsfrei sein. Er verwahrte sich gegen die Medien-

darstellung EU-kritischer Haltungen von links als »Nationalismus«. Vielmehr gehe es um eine demokratische Mitbestimmung von unten, erklärte Villumsen. Die jetzige EU sei ein Produkt des Konzern- und Bankenkapitals, und die politischen EU-Eliten hätten längst den Kontakt zur Bevölkerung verloren. Deswegen sei die solidarische und demokratische Initiative des »Plan B« so wichtig für ein neues Europa.

## Appell an Solidarität

Auch für DIE LINKE ist der linke europäische »Plan B« ein wichtiges Signal. Noch zu oft wird in der Diskussion die EU als »europäisches Friedensprojekt« angesehen, die neoliberale Verfasstheit der EU gerade durch die Verträge von Maastricht und Lissabon wird aber oft nur undeutlich und selten grundlegend kritisiert.

Die BE-Vorsitzende Catarina Martins richtete in ihrer Abschlussrede einen eindringlichen Appell an die europäische Solidarität. Gemeinsam müsse sich die Linke den EU-Projekten einer gemeinsamen Steuer- und Militärpolitik widersetzen. Sie schloss die Tagung mit den Worten: »Wir träumen nicht, denn wir sind die wahren Realisten! Nehmen wir uns an den Händen und bauen ein besseres Europa!« ◀

Herman U. Soldan ist Kreisvorsitzender der Flensburger LINKEN.



■ ■ **Bayern:** Den Slogan-Wettbewerb des Parteivorstands hat David D. Filgertshofer aus dem Nürnberger Land mit dem Motto »Socialism is sexy« gewonnen. Das Bild hat das Facebook-Team der LINKEN in der Bundesgeschäftsstelle für einen Beitrag zum 150. Jahrestag der Drucklegung von »Das Kapital« von Karl Marx verwendet. Die Siegerprämie ist eine Reise für zwei Personen zum Fest der Linken nach Berlin.

■ ■ **Berlin:** In der Bundesgeschäftsstelle des LINKEN Jugendverbandes gibt es zwei neue Gesichter. Saskia Spahn und Janis Walter beerben gemeinsam Danny Butter als BundesgeschäftsführerInnen. Beide sind vor etwa zehn Jahren in ihren Basisgruppen in Berlin aktiv geworden und haben an verschiedenen Stellen in den letzten Jahren dem Verband ihr Engagement gewidmet. Zuletzt waren sie gemeinsam im BundessprecherInnenrat 2016/17. Wenn neben der Politik Zeit bleibt, studieren Saskia und Janis Philo-

sophie an der Freien Universität Berlin. Weil sie deshalb nicht durch das

Marx Zitat im Foyer der Humboldt Universität daran erinnert werden, erinnert die politische Praxis in der Basisgruppe daran, dass es darauf ankommt, die Welt nicht bloß neu zu interpretieren, sondern zu verändern.

■ ■ **Bremen:** Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft hat ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. Als Fraktionsvorsitzende bestätigt wurde Kristina Vogt, auch Klaus-

Rainer Rupp als stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde bestätigt. Claudia Bernhard wurde als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. Alle Wahlgänge hatten ein einstimmiges Ergebnis. Hamburg: Neue LINKE Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft ist Carola Ensslen. Die 1961 in Mühlheim am Main geborene promovierte Juristin ist nachgerückt für Zaklin Nastic, die jetzt im Bundestag sitzt.

**ACTNOW**

**LIEBE GENOSS\*INNEN  
IN DER DIASPORA UND AUF DER GANZEN WELT**

#ACTNOW ist die Bitte an alle Genoss\*Innen auf der ganzen Welt für unsere aktuelle Kampagne zu spenden. Unsere Kampagne richtet sich gegen die derzeitigen Ungerechtigkeiten in Tansania und gegen die schlechte Wirtschaftspolitik, welche weiterhin Menschen in die Armut zwingt. Für entsprechendes Wertematerial, unsere Arbeit mit Medien, unsere Kommunikation und logistische Arbeit benötigen wir dringend finanzielle Unterstützung.

**JEDE NOCH SO KLEINE SPENDE HILFT UNS:**

NMB Bank, Msasani Branch  
IBAN: 22610004083  
Swiftcode: NMIBTZTZ

#ACTwazalendo für soziale Gerechtigkeit und eine inklusive Ökonomie

f i t actwazalendo

Die Opposition in Tansania leidet immer stärker unter den Repressionen der Regierung. Die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit wird zunehmend eingeschränkt (siehe DISPUT 5/2017). Besonders gefährdet ist Zitto Kabwe (Bild oben) von der Alliance for Change and Transparency (ACT). Kabwe hat eine Analyse zur schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes veröffentlicht, in der er den offiziellen Zahlen der Regierung widerspricht. Er und die Opposition in Tansania brauchen unsere Solidarität.

## Zahnloser Tiger

■ ■ **Sachsen:** Neue Vorsitzende der Sächsischen LINKEN ist die bisherige Landesgeschäftsführerin Antje Feiks. Die 38-Jährige setzte sich beim Parteitag der sächsischen LINKEN am ersten Novemberwochenende mit 56,2 Prozent gegen den Gegenkandidaten André Schollbach durch. Antje Feiks folgt auf Rico Gebhardt, der nicht mehr angetreten ist, weil er sich auf sein Amt als Vorsitzender der Landtagsfraktion konzentrieren möchte. Stellvertretende Landesvorsitzende sind Jana Pinka und Silvio Lang, neuer Landesgeschäftsführer ist Thomas Dudzak, Landesschatzmeister ist Bernd Spolwig. Weitere Landesvorstandsmitglieder sind Anja Eichhorn, Christopher Colditz, Cornelia Falken, Franziska Fehst, Elisa Gerbsch, Jayne-Ann Igel, Kathrin Kagelmann, Michael Eichhorn, Lars Kleba, Lutz Richter, Heiko Rosenthal und Alexander Weiß. Das Durchschnittsalter des Vorstandes liegt bei 40,5 Jahren.

■ ■ **Sachsen-Anhalt:** Guido Henke und Katja Bahlmann sind in den Magdeburger Landtag nachgerückt, nachdem Birke Bull-Bischoff und Matthias Höhn in den Bundestag gewechselt sind. DIE LINKE stellt in Sachsen-Anhalt 16 Landtagsabgeordnete. Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstands der LINKEN am 14. November im Magdeburger Landtag wird der

Schön, so ein Frühstück im Zoo – naja, nicht ganz Zoo, aber es riecht immerhin wie im Raubtierkäfig. Argwöhnisch wird die Futterration des Nachbarn beäugt, kurz mit der Tatze nach dem größten Brötchen gelangt und gefaucht, wenn der Kaffee alle ist. Im Radio die Nachrichten und ich höre: »...ist ein zahnloser Tiger!« Großkatze mit Schnabeltasse – eine amüsante Vorstellung, bestimmt.

Der »zahnlose Tiger« ist eine eigentlich schöne Variante von »große Klappe, nichts dahinter«, will also sagen: Hier kommt jemand, der machtvoll auftritt, mit breiten Schultern, letztlich aber machtlos ist und ein schmales Hemd. Oder aber es ist etwas gemeint, das als dolles Ding daherkommt, letztlich aber kaum Bedeutung besitzt.

Durch die Brille der Objektivität gesehen, würde sich der Ti(g)ervergleich im Prinzip wunderbar dazu eignen, beispielsweise, Vorschläge sachlich und argumentativ auseinanderzunehmen – und dann humorig mit dem Resümee zu schließen: »ist also ein zahnloser Tiger!« Diese Brille hat man in der Regel aber verlegt.

Was bleibt ist, dass man sich darauf verlegt, den zahnlosen Tiger ins Feld zu führen, um den Gegner, den, der anders denkt und anderes will, madig zu machen. Ihn als kraftlos, altersschwach und als blassen Schatten einstiger Größe hinzustellen – eben als Großmaul ohne Chance... und Biss. Auch auf der Farm der Tiere kein feiner Zug.

In der Welt von heute ist es schwer, einen echten Tiger zu Gesicht zu bekommen – selbst die mit Zähnen gibt es kaum noch. Aber in Sprachbildern wird der Tiger wohl noch ewig überdauern und ist allgegenwärtig: Tiger sind im Tank, landen als Bettvorleger oder sind schlimmstenfalls aus Papier... Und man sollte nicht vergessen: Ihre Leibspeise sind größere Huftiere, also Ochsen, Schafe und Esel auch.

Daniel Bartsch

bisherige Fraktionschef Swen Knöchel nicht noch einmal kandidieren. Als seinen Nachfolger hat der Fraktionsvorstand Thomas Lippmann vorgeschlagen.

■ ■ **Nordrhein-Westfalen:** Neue stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN in NRW sind Nina Eumann und Inge Höger. Beim Landesparteitag im Oktober wurden außerdem Melanie Becker, Sonja Neuhaus und Anja Vorspel in den Landesvorstand nachgewählt.

■ ■ **Straßburg:** Martin Schirdewan rückt für Fabio de Masi ins Europäische Parlament nach, der nun Mitglied des Bundestags ist. Für den 1975 geborenen Martin Schirdewan ist es ein Funktionswechsel von der europäischen Ebene auf die europäische Ebene. Er hat seit 2015 als Leiter des Europabüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Brüssel Arbeitserfahrungen in verschiedenen europäischen Ländern sammeln können. Insbesondere die engen Kontakte zu GewerkschafterInnen und AktivistInnen aus sozialen Bewegungen und NGOs will er in seiner parlamentarischen Tätigkeit weiterhin nutzen, um die europäische Linke in ihrem Kampf gegen Neoliberalismus und die erstarkende extreme Rechte zu stärken. Für ihn bedeutet der Wechsel auch ein Zurück in die aktive Politik: Von 2012 bis zur Aufnahme seiner Tätigkeit für die RLS war er Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN.

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

# Kettenreaktion

Am 2. Dezember 1942, vor 75 Jahren, wurde in Chicago der erste von Menschen gebaute Atomreaktor aktiviert **VON RONALD FRIEDMANN**

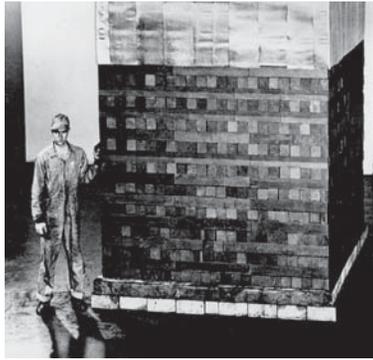
Die Versuchsanlage sollte ursprünglich in der Kleinstadt Palos Park errichtet werden. Doch ein Streik vor Ort veranlasste die verantwortlichen Wissenschaftler, das Experiment in Chicago durchzuführen, buchstäblich im Herzen der Millionenstadt am Michigansee. Auf dem Gelände der University of Chicago, unter der Tribüne eines stillgelegten Football-Stadions, entstand in wochenlanger Arbeit der »Chicago Pile 1«, der erste experimentelle Kernreaktor, mit dem es gelang, eine Kettenreaktion auszulösen und über einen längeren Zeitraum aufrechtzuhalten.

Der Reaktor hatte eine Höhe von knapp siebeneinhalb Metern und bestand aus 5,4 Tonnen Uranmetall, 45 Tonnen Uranoxid und 360 Tonnen Graphit, das zur Abschirmung diente. Zusätzlichen Strahlenschutz gab es nicht. Die Sicherheitsmaßnahmen waren – nach heutigen Maßstäben – abenteuerlich.

Der Neutronenfluss wurde lediglich mit Holzstäben reguliert, die mit Blech aus Cadmium beschlagen waren, das Neutronen absorbiert. Über dem Reaktor war an einem Seil ein zusätzliches Regelement positioniert worden. Im Fall der Fälle hätte ein entsprechend instruierter Mitarbeiter mit einer Axt das Seil durchtrennt und so den Reaktor abgeschaltet. Und schließlich standen drei weitere Techniker in Bereitschaft, um gegebenenfalls die gesamte Versuchsanlage mit einer Cadmiumlösung »fluten« zu können.

## Auf dem Weg zur Atombombe

Am 2. Dezember 1942, um 15.22 Uhr, wurde der Reaktor erstmals kritisch. Die Kettenreaktion, die in diesem Augenblick einsetzte, wurde nach genau 28 Minuten aktiv beendet. Der Reaktor gab in dieser Zeit eine Leistung von gerade einmal 200 Watt ab,



Atomreaktor in der Stadt: Vorläufermodell von »Chicago Pile 1«

Foto: Public domain

kaum genug, um eine Kanne Kaffee zu kochen. Doch die wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnisse, die aus diesem und den nachfolgenden Experimenten gewonnen wurden, veränderten buchstäblich die Welt.

Der intellektuelle und organisatorische Kopf des Unternehmens war der aus Italien stammende Physiker Enrico Fermi, damals 41 Jahre alt. Mit 21 Jahren hatte Fermi promoviert, mit 23 Jahren die Berufung als Professor erhalten. 1938 war er mit dem Physik-Nobelpreis geehrt worden – für eine Theorie, die sich in der Folge zwar als unzutreffend erwies, die die Wissenschaft aber dennoch weit voranbrachte.

Die Arbeiten des von Fermi geleiteten Chicagoer Laboratoriums waren Teil des streng geheimen Manhattan-Projekts, dessen Ziel es war, in den USA schnellstmöglich eine Atombombe zu entwickeln und zu bauen. Zu diesem Zweck waren an verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt versammelt worden.

Denn niemand wusste sicher, welchen Stand die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum Bau einer Atombombe in Deutschland hatten, und es galt um jeden Preis zu verhindern, dass Hitler und seine Bande zu-

erst in den Besitz dieser mörderischsten aller Waffen gelangten.

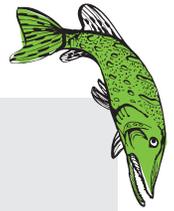
Erst nach dem Abschluss des Manhattan-Projekts rückte auch die friedliche Nutzung der Kernenergie wieder in den Fokus der Wissenschaftler in den USA. Am 17. Juli 1945 wurde in der Wüste von New Mexico die erste Atombombe getestet, am 6. und 8. August 1945, wenige Tage vor Kriegsende, folgten die Atombombenangriffe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki.

Doch es war die Sowjetunion, die als erstes Land der Welt einen Kernreaktor für rein volkswirtschaftliche Zwecke in Betrieb nehmen konnte: Am 24. Juni 1954 begann in der westrussischen Stadt Obninsk die Energieerzeugung aus Kernkraft.

Innerhalb weniger Jahre entstanden weltweit zahlreiche weitere Kernkraftwerke unterschiedlicher Bauart. Doch die Reaktorunfälle im britischen Sellafield im Oktober 1957 und im US-amerikanischen Three Mile Island im März 1979, vor allem aber die Katastrophe im sowjetischen Tschernobyl im April 1986 machten deutlich, dass der Einsatz unausgereifter Technik, sei es aus Profitgier, sei es aus Verantwortungslosigkeit, mit gewaltigen und unakzeptablen Risiken verbunden war.

Insbesondere im Westen formierte sich in der Folge eine Antiatomkraftbewegung, die jede Form der Kernkraftnutzung grundsätzlich ablehnte und dabei nur bereit war, die Risiken, nicht aber auch die Chancen der friedlichen Nutzung der Kernkraft zu sehen, die –entsprechende Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vorausgesetzt – auch weiterhin bestehen.

Letztlich war es die Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011, die zumindest in Deutschland für ein endgültiges Aus der Kernkraft sorgte. Diese Entscheidung war politisch und ideologisch motiviert, aber keineswegs wissenschaftlich begründet. ◀

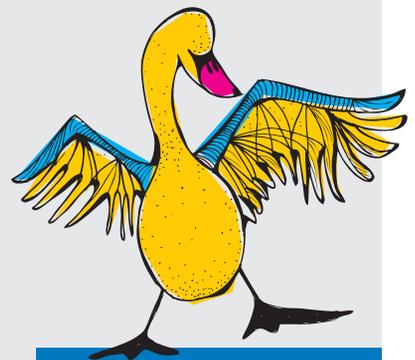


**E**in Fabeldichter fand ein fabelhaftes Gleichnis:  
*»Ein Schwan, ein Krebs  
 und auch ein Hecht / spa-  
 zierten einmal recht und schlecht /  
 und doch gemeinsam übers Land.  
 Am Wege eine Karre stand.  
 Weil man sie schön und nützlich  
 fand / hat man sich gleich davor  
 gespannt.  
 Man wollte sie vom Platze ziehen /  
 indes, umsonst war das Bemühen.  
 Der Schwan tat seine Flügel brei-  
 ten, der Krebs war für das Rück-  
 wärtsschreiten. Dem Hecht lag an-  
 deres im Sinn: Ihn zog es zu dem  
 Wasser hin.  
 Weil nichts im Einklang hier ge-  
 schah / steht heute noch die Kar-  
 re da.«*

Ich schwanke nun zwischen Urheberrecht und Quellenschutz. Der Dichter hieß nämlich Iwan Andrejewitsch Krylow. Das könnte hierzulande als Beweis für die Einmischung der Russen in die Wahlkämpfe fremder Länder gelten. Drum weise ich darauf hin, dass dieser Krylow bereits 1844 in Petersburg verstarb. Er kann daher keinerlei Kontakte mit Putin gehabt haben. Er streifte viel durch die Natur und niemals durch den Korridor des Geheimdienstes oder gar der Cyber-Piraten. Umgekehrt hätte ich sogar Verständnis dafür, wenn sich ein russischer Dichter für die Konstitu-

ierung des neuen Parlamentes in Deutschland interessiert. Vor 70 Jahren hatte die Rote Armee ihre Fahne bis auf das Dach des Reichstages zu tragen, was nach dem Überfall der Naziwehrmacht 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete. Da kann es Moskau nicht egal sein, dass im Herbst 2017 wieder eine Hundertschaft von Braunkarierten mit den alten Parolen in das Reichstagsgebäude eingezogen ist. Zeitgleich postierten sich auch Einheiten der Bundeswehr im NATO-Auftrag an der russischen Grenze im Baltikum. Nur gut, dass sich der neue Bundespräsident Steinmeier die Zeit nahm, auf ein Glas Tee nach Moskau zu fliegen – was sein Vorgänger Gauck in fünf Jahren Amtszeit nicht geschafft hatte.  
 »Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht«, schrieb Heinrich Heine 1843. Als hätte er geahnt, was noch auf uns zukommt. Und dennoch wäre er entsetzt über die verlorenen Revolutionen von 1848, 1919 und 1990 und die zwei grausamen Weltkriege. Was macht so viele Deutsche so dumm und rabiat? Jeder Größenwahn ließ unser Land kleiner werden. Brauchen wir immer jemanden, auf dem wir rumtrampeln können? Welchen Kurs wird die nächste deutsche Regierung einschlagen? Darüber pokert man nun am Tisch von Jamaika.  
 Da umzingeln nun drei deutsche Eichen – CSU + CDU + FDP – eine grüne Birke.  
 Wenn der Schwanz mit dem Hund wa-

ckeln könnte, ließe sich wohl manches verändern. Aber da die Liberalen nicht an dem Ast sägen werden, auf dem sie sitzen, und die Grünen auch olivgrün ganz kleidsam finden, werden sie kaum verlangen, den erhöhten Wehretat zugunsten der verarmten Kinder, Schulen und Gemeinden zu kürzen. Es genügt, wenn Horst Seehofer den Gauland nicht rechts überholt. Wenn Angela Merkel mit Frankreich den richtigen Kitt für die bröckelnde EU findet. Und wenn Christian Lindner nicht die ganze Profitorte am Tisch der Superreichen verteilt. Der Hauptauftrag dieser Pokerrunde ist und bleibt, Sozis und Linke auf Distanz zu halten. Da nun als Opposition mit SPD + AfD + LINKE drei Akteure im Parlament sitzen, die auch nicht einmütiger sind als Krylows Troika mit Schwan + Hecht + Krebs und gar dazu neigen, sich selber zu zerfleischen, sind die Hoffnungen, den deutschen Karren aus dem Dreck zu ziehen, ziemlich trübe.



JENS JANSEN

Trübe  
 Aussichten  
 mit  
 JAMAICA

Illustration: Ale Sund

# Der Leserbriefschreiber

Hermann Thomas ist der mutmaßlich älteste DISPUT-Leser. Auch mit 98 Jahren liebt er es, das Zeitgeschehen zu kommentieren **VON ANJA KRÜGER**

**D**as Gehen fällt Hermann Thomas inzwischen schwer. »Ich komme ja nur noch wenig raus«, sagt er bedauernd. Doch das Geschehen außerhalb seiner vier Wände verfolgt der Rentner, der im Oktober 98 Jahre alt geworden ist, sehr aufmerksam. Er liest jeden Morgen zwei Tageszeitungen, das »neue deutschland« und die »Sächsische Zeitung«. Und nicht selten hat er danach das Bedürfnis, das Gelesene zu kommentieren. Dann setzt er sich in dem kleinen Zimmer seiner 3-Raum-Wohnung an das Tischchen am Fenster und tippt einen Leserbrief in den Laptop. Rekordverdächtige 131 Schreiben waren es im vergangenen Jahr, ganz traditionell per Post und nicht per Mail an die jeweilige Redaktion verschickt. Das ist seine Form der Einmischung. »Aber nur 19 wurden abgedruckt«, sagt Hermann Thomas mit leichter Empörung in der Stimme.

Im Juli hat er auch an DISPUT geschrieben. Anlass war der Artikel von Ronald Friedmann über die »Rebellion in der Flotte« im Sommer 1917, als erstmals Matrosen der kaiserlichen deutschen Flotte gegen Krieg, Hunger und Schikanen protestierten. Hermann Thomas' Vater war auf der »Prinzregent Luitpold«, gemeinsam mit den im September 1917 als »Rädelsführer« hingerichteten Albin Köbis und Max Reichpietsch. Es war dieses Ereignis, das den bis dahin unpolitischen Matrosen »auf die revolutionäre Seite« wechseln ließ, berichtet Hermann Thomas. Als der Vater zurück nach Hause kam, war er Mitglied der USPD. Zur Einschulung trug der Sohn das Mützenband der Matrosenuniform seines Vaters an der Schulmütze.

Hermann Thomas wohnt in seinem Geburtsort Wilsdruff bei Dresden. Seine Lebensgefährtin ist vor einigen Jahren gestorben, seitdem lebt er allein.

Seine Nenntochter schaut regelmäßig herein und versorgt ihn. Der Senior hat viel zu erzählen. Von seiner harten Jugend in der Weimarer Republik und seinen Aktivitäten bei den Roten Falken. Von der Nazizeit, als die Faschisten seinen Vater zweimal einsperrten. Von dem Leben in der DDR. Dass nach dem Zweiten Weltkrieg sein Vater und er voller Überzeugung für die Vereinigung von SPD und KPD waren. Dass er nach der Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft den Auftrag des Bürgermeisters abgelehnt hat, die örtliche Volkspolizei zu leiten. Oder wie er, der gelernte Holzmaler und Lackierer, der erste Preiskommissar für den Amtsbezirk Wilsdruff wurde.

1985 ging Hermann Thomas in den Ruhestand. Nach Mauerfall und Wiedervereinigung sah er sich wieder gefordert: Er baute die PDS-Basisgruppe mit auf und war bis Anfang der 2000-er Jahre für die PDS im Wilsdruffer Stadtrat aktiv. Die Politik in seiner Kommune kann ihn bis heute genauso in Rage bringen wie die im Bund. »Es müsste mehr Pfeffer da sein«, wünscht er sich mit Blick auf seine eigene Partei, DIE LINKE. An der Seite derer zu stehen, die Hilfe brauchen, ist für ihn eine Selbstverständlichkeit.

Vor kurzem schrieb Hermann Thomas an die hiesige Heimatzeitung, deren Redakteur er selbst einst mal war. Es ging um einen Appell an die Bürgerinnen und Bürger, Geflüchtete freundlich und solidarisch aufzunehmen. Er erinnerte an die weitaus mehr Umsiedler, die Wilsdruff nach dem Ende des Krieges aufgenommen hat. »Was wir früher geschafft haben, wird man ja wohl heute erst recht schaffen können«, sagt er. Sein Text ist nicht abgedruckt worden. Persönlich ist er vorstellig geworden und hat nachgefragt, warum. Sonst müsse ja auch die Position der AfD daneben gestellt werden, lautete die Begründung. »Da bin ich aufgestanden und gegangen«, sagt Hermann Thomas. ◀

Liest täglich zwei Tageszeitungen und stets die neue DISPUT-Ausgabe: Hermann Thomas in seiner Wilsdruffer Wohnung  
Foto: Pascal Beucker





Blickt auf die unerträglichen Verhältnisse in einer indischen Textilfabrik: der Film »Machines«  
Foto: Pallas Film/  
Neue Visionen

■ **Machines**

»Wenn einer nicht spurt, dann schließen sich die Chefs zusammen und bringen ihn um.« Ein Textilarbeiter umschreibt, was geschieht, wenn man sich im Industriekomplex Gujarat gegen die Willkür der Fabrikleitung organisieren will. Ein anderer sagt aber auch: »Es gibt hier keine Ausbeutung. Ich komme freiwillig hierher, weil ich will, dass meine Kinder die Schule beenden können.« Regisseur Rahul Jain porträtiert diese Doppelgesichtigkeit harter Industriearbeit in seinem ersten Film »Machines«. Die Kamera gleitet durch die endlosen Korridore der Färbereien – eine verwirrende Welt, die mit riesigen Trocknern und rotblinkenden Schaltern an Science-Fiction-Filme ohne Sonne wie »Matrix« erinnert. Dieser

Film handelt von einem Ort der Entmenschlichung: tagelange Anreise mit dem Zug ohne Sitzplatz, Zwölf-Stunden-Schichten, Entlohnung drei Euro pro Tag. Und von einem Ort der bitteren Menschleins: »Gott gab uns Hände. Also müssen wir arbeiten«, heißt es einmal. Schuften, leben, leiden lautet das Credo des ungezügeltten Kapitalismus: Exzellente gefilmt, ist Jains Werk das Porträt jener vorsintflutlichen modernen Produktionsformen, die die Basis für Billigklamotten weltweit bilden.  
→ Kinostart: 9. November 2017

■ **Das Kongo-Tribunal**

Jeder hat eins, wenn nicht zwei Mobiltelefone – aber wo ihre Rohstoffe herkommen, interessiert die wenigsten. Koltan ist ein wichtiger Baustein für Handys und seine Heimat ist die Republik Kongo.

In den vergangenen 20 Jahren hat der Krieg um Koltan- und auch Goldminen über sechs Millionen Tote gefordert. Der Kongo gilt als Schauplatz einer der entscheidenden wirtschaftlichen Verteilungsschlachten im Zeitalter der Globalisierung – denn die Zahl von High-Tech-Geräten nimmt eher zu als ab. Zwangsarbeit ist das Mittel, Milizen kontrollieren die Minen, Konzerne diktieren die Preise, Politiker decken das Geschäft. Soziale Gerechtigkeit für die Minenarbeiter, für die Bevölkerung wird es hier auf absehbare Zeit nicht geben.

Juristen und Menschenrechtler sind seit langem der Meinung, die Akteure dieses Wirtschaftskrieges gehörten vor ein internationales Tribunal. Doch wo kein Kläger, da kein Richter. Milo Rau, einer der bedeutendsten Theaterregisseure der Gegenwart, hat deshalb das »Kongo-Tribunal« inszeniert: einen fiktiven Gerichtshof auf der Bühne an zwei Orten, in Bukavu und in Berlin. Verrückterweise ist es dem jungen Künstler gelungen, nicht nur die Beobachter brutaler Überfälle als Zeugen in den Gerichtsstand zu berufen, sondern auch Mitglieder der kongolesischen Regierung, die der Korruption überführt werden und sogar ihre Posten verlieren. Einer der bemerkenswertesten Filme dieses Jahres.

→ Kinostart: 16. November 2017



ZERSTÖRUNG  
ALS BEGINN  
VON ETWAS  
NEUEM?

GELESEN VON  
INGRID FEIX

KOSTENLOS INS MUSEUM

Der Anteil der Eintrittsgelder am Gesamtetat der Bremer Museen liegt unter zehn Prozent, so das Ergebnis einer Großen Anfrage der Linksfraktion in der Bürgerschaft. Der Einnahmeausfall, der kompensiert werden müsste, wäre also überschaubar. Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin, fordert einen »Testlauf für eine koordinierte häuserübergreifende Gewährung freien Eintritts«.

MEDIENPOLITIK

Der rot-rot-grüne Senat in Berlin stellt 60.000 Euro bereit, um mit den Selbstregulierungsgremien der Presse einen Jahresbericht zur Pressefreiheit zu erarbeiten und ein Konzept für einen Rechtshilfefonds für Journalisten zu entwickeln. Daneben setzt sich die Koalition für das Berliner Kino ein. Die Summe für die Arbeit der Medienboard GmbH wurde um 150.000 Euro aufgestockt. Damit werden das Berliner Kino, beliebte Filmfestivals und Maßnahmen unterstützt, mit denen Kinos Barrierefreiheit umsetzen.

JA ZUR KULTUR

Das Theaternetzwerk Mecklenburgische Seenplatte hat Mitte Oktober vor dem Schweriner

Man sollte die Dinge wirklich nie nach der äußeren Hülle beurteilen. Zu einem Buch mit diesem Umschlag, der so etwas wie Sodomasopraktiken suggeriert, hätte ich normalerweise nicht gegriffen. Doch Tristan Garcia, Jahrgang 1981, ist ein in Frankreich bekannter Philosoph und Schriftsteller, der – wie die biografische Notiz des Verlags verrät – als »herausragende intellektuelle Stimme seiner Generation« gilt.

In dem Roman geht es um eine intensive Kinder- und Jugendfreundschaft zwischen Madeleine, Basile und Faber in der Provinzstadt Mornay, in der Faber, vielbelesen, hochbegabt, gerechtigkeitsfanatisch, charismatisch und allen in allem überlegen, den Ton angibt. Durch und mit Faber erfahren die beiden, dass es noch etwas anderes gibt, als den dahindümpelnden Kleinstadtalltag, in dem kaum etwas Aufregendes passiert und alles in Ordnung, in Unterordnung und Anpassung ist. Das Leben sollte aktiver werden, intensiver, etwas Anderes, Neues. Alles, Musik, Bücher, Aktionen, werden auf dem Weg zum Erwachsensein danach ausgesucht ... Und führt Faber, den Zerstörer, mit seiner Rebellion ins Abseits, während Madeleine und Basile ins »normale Leben« finden. Aber Faber ist – und bleibt – fast so etwas wie ein Gott für sie. Das Buch, aus den Perspektiven der drei Freunde erzählt, ist viel mehr als nur eine Art Selbstfindungsgeschichte. Auch wenn das zunächst nicht so erscheinen mag, Tristan Garcia hat sehr einen packenden Roman geschrieben, der den Leser lange im Ungewissen und in Spannung hält bei dem Versuch, dem Phänomen Faber auf die Spur zu kommen, wie er ist und warum er so wurde. In Zeiten, wo das Wort »Radikalisierung« Konjunktur hat, liegt die gesellschaftspolitische Dimension dieser Geschichte auf der Hand.

Tristan Garcia  
**Faber. Der Zerstörer**  
Roman  
Aus dem Französischen  
von Birgit Leib  
Verlag Klaus Wagenbach  
432 Seiten, 24 Euro



Schloss gegen den Kulturabbau im Ostteil des Landes demonstriert und der Bildungsministerin 8.500 Unterschriften zum Erhalt des Vierspartentheaters Neubrandenburg/Neustrelitz übergeben. DIE LINKE im Landtag unterstützt den Protest: »Gerade in Zeiten, in denen Werte wie Demokratie, Toleranz und politische Kultur von vielen wieder in Zweifel gezogen werden, brauchen wir mehr Kultur statt weniger. Kulturförderung ist Demokratieförderung!«, so die kulturpolitische Sprecherin, Eva-Maria Kröger.

GYSIS AUTOBIOGRAPHIE

Gregor Gysi hat im Berliner Aufbau-Verlag seine Autobiographie »Ein Leben ist zu wenig« vorgelegt. »Gregor Gysi«, so heißt es in der Verlagsankündigung, »hat linkes Denken geprägt und wurde zu einem seiner wichtigsten Protagonisten. Hier erzählt er von seinen zahlreichen Leben: als Familienvater, Anwalt, Politiker, Autor und Moderator. Seine Autobiographie ist ein Geschichts-Buch, das die Erschütterungen und Extreme, die Entwürfe und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts auf sehr persönliche Weise erlebbar macht.« Die »taz« nannte das Buch »herzerfrischend eitel«. Gregor Gysi, der am 16. Januar 70 Jahre alt wird, kündigte im Buch und bei diversen Buchvorstellungen an: »Ich bin wild entschlossen, das Alter zu genießen.«

**O**ft sind es unauffällige Erfolge, die den Unterschied machen. Ein Beispiel: Die Thüringer Landesregierung hat in diesen Tagen eine Änderung des Ministergesetzes ins Parlament eingebracht. Lukrativen Lobby-Jobs für ehemalige MinisterInnen werden wir einen Riegel vorschieben. Die Regierung hat künftig das Recht, ehemaligen MinisterInnen problematische Jobs bis zu 18 Monaten nach Ausscheiden aus dem Amt zu verbieten – so fordern es auch lobbykritische Organisationen. Schon aus der Opposition hatten wir uns darum bemüht – erfolglos, da die CDU mit ihrer Mehrheit blockierte. Mit der rot-rot-grünen Mehrheit ist es nun möglich, Lobby-Interessen zu durchkreuzen. Die Thüringer CDU glaubt bis heute, dass das Land der Partei gehöre und ersetzt Politik durch Posten. Sie ist eine einseitige Interessenvertretung von Großunternehmen und Arbeitgebern. Nach den jüngsten Verlusten bei der Bundestagswahl hechelt sie aber nun auch noch der AfD hinterher. Partei- und Fraktionschef Mike Mohring griff jüngst im Landtag tief in die rhetorische Mottenkiste neu-rechter Vokabeln, als er vom »Meinungskartell«, »Political Correctness« und »Denkverboten« fabulierte, die die neue Rechtspartei stark gemacht hätten. Für die Konservativen war der Verlust der Regierungsmacht 2014 ein harter Einschnitt, von dem sie sich nicht erholt haben. Sie versuchen mit Tricks, Klagen und einer Flut von teils sinnlosen Anträgen, die Arbeit der Regierung auszubremsen.

Mit Blick auf die tagtägliche Thüringer Politik bin ich froh, dass nach 24 Jahren die CDU von der Macht abgelöst wurde. Nun ist es möglich, den schwarzen Filz wenigstens in Teilen aufzulösen, eine soziale und ökologische Modernisierung anzugehen und zu zeigen, dass eine andere Gesellschaft möglich ist – auch wenn mir manche Entscheidung zu lange dauert und der ein oder andere Kompromiss zu wenig klassisch linke Politik atmet.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt 2018 und 2019 werden wir nun noch einmal massiv in Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit investieren: Das

kostenfreie Kita-Jahr startet, zusätzlich zu den bereits vereinbarten neuen Lehrern werden wir noch einmal mehrere Hundert Lehrerstellen aufstocken, weitere Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für ältere Erwerbslose und Langzeitarbeitslose werden finanziert und erheblich mehr Geld in Schul- und Wohnungsbau gesteckt. Wir machen's gerecht, den Slogan unserer Landtagsfraktion füllen wir mit Leben.

Laut einer aktuellen Umfrage läge unser Ministerpräsident Bodo Ramelow bei einer Direktwahl vor Oppositionsführer Mohring. Und eine andere Umfrage hatte im Sommer klar gemacht, dass die WählerInnen zwischen unterschiedlichen Wahlen differenzieren. So wollten zur Bundestagswahl nur etwa 20 Prozent der Menschen in Thüringen DIE LINKE wählen, zu einer Landtagswahl aber 27 Prozent. Real lag unser Ergebnis dann bei 16,9 Prozent, in den Umfragen zur Landtagswahl schwanken wir zwischen 20 und 27 Prozent. Bei aller nötigen Skepsis gegenüber Umfragen und nötiger selbstkritischer Betrachtung unserer Verluste am 24. September 2017 machen die unterschiedlichen Werte aber das Potential klar: Mit einer klar erkennbaren Politik im Land, politischen Erfolgen und einer anerkannten Person an der Spitze sind gute Ergebnisse möglich. Das ist eine Herausforderung. Im vorliegenden Leitantrag »Sozial, demokratisch und sozialistisch: Für eine starke LINKE!« für unseren kommenden Landesparteitag beschreiben wir schon jetzt unsere Ziele für die Landtagswahlen 2019. Wir wollen unser Ergebnis von 2014 (28,2 Prozent) wiederholen, brauchen erneut eine rechnerische und politische Mehrheit für Rot-Rot-Grün und werden uns frühzeitig um eine Fortschreibung unserer Ideen einer linken Landesentwicklung und die Erneuerung unserer gesellschaftlichen Verankerung kümmern. Wir sind in Thüringen gleichzeitig linke und ostdeutsche Volkspartei in einer Koalitionsregierung sowie linke Programm- und Protestpartei gegen die kapitalistischen Zumutungen der heutigen Gesellschaft – eine spannende politische Herausforderung!

Susanne Hennig-Wellsov ist Vorsitzende der LINKEN in Thüringen



SUSANNE HENNING-  
WELLSOW

Wir  
machen's  
gerecht!

Foto: DIE LINKE Thüringen

ander. Auf diese Weise kann beispielsweise die Elite eines Landes dafür sorgen, dass ihr Status erhalten bleibt und auch ihren Kindern zugute kommt.

Mit den Worten des Soziologen Sebastian Braun: „Soziales Kapital entsteht aus dem Netz von Beziehungen, die dazu beitragen, dass Karrieren, Macht und Reichtum nicht nur auf individuellen Leistungen basieren, sondern auch auf herkunftsbedingten Gruppenzugehörigkeiten und anderen vorteilhaften Verbindungen im Sinne des ‚Vitamin B‘“

### Bildung muss zählen

Wer weder Vermögen noch eine Zugehörigkeit zu machtvollen sozialen Kreisen geerbt hat, kann sich immer noch geistiges Kapital in Form von Bildung aneignen, um Nachteile beim Start ins Leben auszugleichen. Denn Bildung ist, zumindest theoretisch, eine Ressource, die ich selbst vermehren kann und mit der ich im besten Fall sogar einen Mangel an finanziellem und sozialem Kapital zwar nicht vollständig, aber doch entscheidend ausgleichen kann. Formale Abschlüsse können dabei eine genauso hilfreiche Ressource für die Absicherung eines guten Lebensstandards sein wie informelle Kompetenzen, beispielsweise Mehrsprachigkeit, handwerkliche Kenntnisse oder besondere musische Fähigkeiten.

Der Zugang zu Bildung, der Erwerb von Bildungszertifikaten und formalen Qualifikationen ist eine grundlegende Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und der damit verbundenen gesellschaftlichen Teilhabe. Denn in demokratischen Gesellschaften mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist Bildungsgerechtigkeit von zentraler Bedeutung. So hängen in Deutschland Ressourcen wie Einkommen, Sozialstatus, politische Einflussmöglichkeit, Sicherheit, Gesundheitsversorgung, ja sogar die Lebenserwartung vornehmlich von der Position am Arbeitsmarkt und der Erwerbstätigkeit ab.

Ein gerechtes Bildungssystem muss deshalb allen Kindern den Erwerb der geeigneten Bildungsabschlüsse ermöglichen, unabhängig davon, welches soziale oder finanzielle Kapital sie geerbt haben. Unser Bildungssystem ist deswegen daraufhin zu überprüfen, inwieweit der Bildungserfolg ebenfalls von den Ressourcen abhängt, die uns in die Wiege gelegt wurden, oder ob das Bildungssystem dazu beiträgt, Gleichheit herzustellen.

### Hindernis soziale Herkunft

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Ungleichheit der Vermögensverteilung spiegelt sich in Deutschland im Bildungssystem wider. Die internationalen PISA-Studien der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, belegen seit 2000 regelmäßig, dass in keinem der untersuchten Länder die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler so stark von der sozialen Schicht ihrer Herkunftsfamilien abhängen wie in Deutschland. Unabhängig davon, ob die Bildungsbenachteiligung durch vorsätzliche Diskriminierung bestimmter Gruppen zustande kommt oder nicht – entscheidend ist die statistisch belegbare Benachteiligung dieser Gruppen beim Erreichen von Bildungszielen. Denn wie zuletzt der Chancenspiegel Schule der Bertelsmann Stiftung festgestellt hat, hängt der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft ab. Dies verwundert auf den ersten Blick, ist das Bildungssystem hierzulande doch weitgehend kostenfrei, flächendeckend gut erreichbar und sogar eine Schulpflicht vorhanden. Dazu kommt, dass das deutsche Bildungssystem mit seinen vielfältigen Angeboten des Zweiten Bildungswegs und der dualen Berufsausbildung verschiedene Möglichkeiten zum Bildungsaufstieg vorsieht. Und dennoch bestimmt der familiäre Bildungsstatus maßgeblich die Bildungskarriere eines Kindes in Deutschland. So erreichen laut dem Hochschul-Bildungs-Report von 100 Kindern mit mindestens einem studierten Elternteil 63 einen Hochschulabschluss, aber nur 15 von denen, deren Eltern nicht studiert haben.

Gerade fehlendes Vermögen in den Herkunftsfamilien hat häufig negative Auswirkungen auf den Bildungserfolg von Kindern. Der Armutsforscher Christoph Butterwege hat dieses Phänomen erforscht und kommt zu dem Schluss:

„Die Armut von Familien bewirkt häufig, dass deren Kinder keine höhere Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Armut in der Herkunftsfamilie führt schon unmittelbar nach der Grundschule zu Bildungsdefiziten der betroffenen Kinder. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbchancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt.“

Bundeskoordination  
Schule ohne Rassismus –  
Schule mit Courage (Hrsg.)

Klassismus

Diskriminierung aufgrund  
der sozialen Herkunft

Aktion Courage e. V.  
November 2017  
64 Seiten, 4,95 Euro  
ISBN 978-3-933247-70-4

